

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die nebengehaltene Kolonienbeilage ...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Mittwoch, den 11. September 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

An die Partei!

Draußen stehen unsere Brüder im furchtbarsten Kampf, den sie seit Beginn des Weltkrieges zu bestehen hatten.

Das Abgeordnetenhaus hat die Wahlrechtsvorlage in einer Form verabschiedet, in der auch die Regierung eine Erfüllung feierlich gegebener Versprechen nicht zu erblicken vermag.

Diese Hoffnung hat sich als eitel erwiesen. Die Zahl der ehrlichen Anhänger des gleichen Wahlrechts im Herrenhause ist so gering, daß sie als ausschlaggebend nicht in Betracht kommt.

Zugleich treten in der Tatsache, daß sich der Herrenhausauschuß nach dreitägiger Geheimberatung gleich wieder für fünf Tage vertagt hat, Verschleppungsabsichten deutlich in Erscheinung.

Wie lange soll das arbeitende Volk Preußens und Deutschlands diesem unwürdigen Spiel noch zusehen? Wenn die Regierung in unbegreiflicher Verkennung der von der Zeit gebotenen Notwendigkeit die Erfüllung ihrer Pflicht immer wieder hinauschiebt, so muß das Volk sie nachdrücklich an sie erinnern.

Die ungeheure Mehrheit unserer Volksgenossen ist in diesen Krieg gegangen in der Ueberzeugung, daß sie nicht für die Erhaltung Deutschlands, wie es vor dem Kriege war, sondern für ein besseres und freieres Deutschland kämpft.

Die seitdem eingetretene Enttäuschung hat auf den Geist des Volkes in erbitternder und tief niederdrückender Weise gewirkt, wie uns zahllose Briefe aus dem Felde und Kundgebungen aus der Heimat beweisen.

Indem sie die Sache der Verteidigung schädigen, schädigen sie auch die Sache des Friedens. Denn es ist für die Kriegsverlängerer von drüben nicht schwer, Haß und Mißtrauen gegen das Deutsche Reich und seine Einrichtungen zu erregen.

Nur durch entschlossenen Kampf gegen den verderblichen Geist eines Herrtums, das nach außen auf das Evangelium der Gewalt schwört und sich im Innern an seine volksfeindlichen Privilegien klammert, kann dem Volke das versprochene Recht und ein baldiger, allen Völkern segensreicher Frieden errungen werden.

Im Namen der Millionen, die hinter uns stehen und die heute ihren Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung nicht geltend machen können, protestieren wir auf das schärfste gegen die Fortsetzung der Wahlrechtskomödie im Herrenhause und fordern die

Sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Fort mit dem Dreiklassenparlament, fort mit dem Herrenhaus! Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht! Es lebe die Demokratie und der Frieden!

Die Parteileitung der Sozialdemokratie Preußens. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Dunkelkammer tagt wieder!

Vorschlag eines Ständewahlrechts.

Heute tritt nach fünftägiger Erholungspause der Geheimauschuß des Herrenhauses wieder zusammen. Aus diesem Anlaß werden von interessierter Seite Nachrichten verbreitet, die dazu bestimmt sind, die Öffentlichkeit irre zu führen.

Der „Berl. Lokalanzeiger“ spricht von Verständigungsmöglichkeiten. Entweder hat er keine Ahnung von dem, was vorgeht, oder er spricht absichtlich die Unwahrheit.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ gibt allerdings zu verstehen, daß die Verständigung nur durch „gegenseitiges Entgegenkommen“ möglich sei. Wie und wo das Herrenhaus der Regierung entgegenkommen will, ist allerdings nicht ersichtlich.

Schon in der heutigen Sitzung dürfte von der Mehrheit ein formulierter Antrag auf Einführung eines beruflichen Wahlrechts eingebracht werden. Wenn der Entwurf des Abgeordnetenhauses mit seinen Alters- und Selbstständigkeitsstimmen rund 30 Prozent der Wähler ebenso viel Rechte gibt wie den verbleibenden 70 Prozent, so wirkt der Vorschlag des Herrenhauses die Massen selbst hinter die Rechtslosigkeit des Dreiklassenwahlrechts noch weiter zurück.

Alles, was über die angebliche Vermittlungstätigkeit einflussreicher Mitglieder der Rechten erzählt wird, ist nur leere Phantasie. Die Gegensätze sind unüberbrückbar und bleiben unüberbrückbar.

Nur durch das Spiel im Dunkeln und durch die Verbreitung irreführender Nachrichten kann man vor der Welt die Tatsachen verbergen, daß die Verständigungspolitik der Regierung bankrott ist.

Wann wird nun Schluß gemacht?

Ein Sieg der Hausbesitzer in Berlin I.

Geheimrat Kempner und der „Vorwärts“.

Die Entscheidung der fortschrittlichen Wählerversammlung von Berlin I, die gegen Dernburg für Kempner fiel, ist ein glatter Sieg der Hausbesitzer über die Mieter.

Der Vorfall erinnert zur rechten Zeit an den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie hat sich bewußt als die Partei der wirtschaftlich Schwachen gebildet, und so wenig sie einzelnen Personen aus den bestehenden Klassen den Eintritt in ihre Reihen verweigert, so wenig würde sie ihnen gestatten, den sozialen Charakter der Partei umzubiegen.

Anders die bürgerlichen Parteien. Auch sie können sich dem sozialen Jug der Zeit nicht ganz entziehen, auch sie müssen mit den Besitzlosen rechnen, die die Masse der Wähler bilden — sie tun das unter dem allgemeinen Reichstagswahlrecht sichtlich mehr als unter dem Dreiklassenwahlrecht — aber das Klasseninteresse der Besitzenden spielt bei ihnen eine große und schließlich doch immer wieder ausschlaggebende Rolle.

Das Hausagrarientum hat eine geradezu überrollende Kraftprobe geleistet, indem es gegen die zugkräftige, von der ganzen fortschrittlichen Presse unterstützte Kandidatur Dernburgs den politisch namenlosen Geh. Justizrat Kempner durchsetzte.

Gestern hat nun der Geh. Justizrat Kempner seinen ersten politischen Schwimmerversuch gemacht, und selbst seine Freunde werden nicht sagen können, daß er besonders gut gelungen sei.

Das bisherige Verhältnis zwischen dem Geh. Justizrat Kempner und dem „Vorwärts“ war ein ideales zu nennen. Wir haben Herrn Kempner, der bis gestern nur ein Privatmann war, in seiner Erwerbstätigkeit und in seinen Liebhabereien niemals gestört, und wenn er vielleicht im Aufsichtsratszimmer oder im Klublokal über den „Vorwärts“ räsonnierte, so drang dies keinesfalls in unsere Hörweite.

Der Geh. Justizrat Kempner hat uns mit einem öffentlichen Tadel bedacht, weil wir vorgestern den trefflichen Artikel unseres kommunalpolitischen Mitarbeiters, Genossen Paul Girsh, „Wohnungsnot und Einheit Groß-Berlin“ zum Abdruck brachten.

Welcher Teufel hat nun den Geh. Justizrat Kempner geritten, daß er wegen dieses Artikels gegen den „Vorwärts“ losging, er verklärte in unsäglichlicher Weise die Gegensätze — ob ans Parteiabichten, das weiß ich nicht!

Nein, Herr Geheimrat Kempner, wir verklären die Gegensätze nicht, wir vertuschen sie bloß nicht und werden uns zur Höhe Ihrer Auffassung, die überhaupt keinen Interessengegensatz zwischen Hausbesitzern und Mietern erkennen will, niemals aufschwingen können.

Wenn Sie, Herr Geheimrat Kempner, vor Gericht oder in der Aktionärsversammlung für eine Bank oder ein In-

dustriunternehmen plädieren, werden Sie bemerken, daß Sie eine gewisse Wärme überkommt, und daß Sie von einer gewissen Einseitigkeit nicht ganz frei bleiben. Sie schweben in solchen Fällen nicht in parteiloser Erhabenheit über den Dingen, sondern sie interessieren sich, erschauern sich sogar! Das soll kein Vorwurf gegen Sie sein, denn nichts ist menschlich herkömmlicher als dies.

Und nun sehen Sie, Herr Geheimrat Justizrat, wir Sozialdemokraten sind eben sozusagen die Advokaten der Armen Leute in dem großen hundertjährigen Prozeß gegen die Firma Kapital u. Co. In diesem Prozeß, in dem wir Partei sind, gibt es unzählige Termine und unzählige Zwischenentscheidungen. Vorgerichten haben Sie gewonnen, aber die Verammlung der eingeschriebenen Fortschrittswähler von Berlin I war vielleicht noch nicht letzte und höchste Instanz!

## Burians Begrüßung deutscher Journalisten.

Eine direkte informative Aussprache über den Frieden.

Graf Burian hat Vertreter der deutschen Presse in Wien begrüßt und nach einigen einleitenden Worten, in welchen er gegen die ententistische Absicht auf Verstärkung des historischen Österreichs polemisierte, eine direkte informative Aussprache über die Friedensmöglichkeiten vorgebracht. Er hat damit eine gelegentliche Anregung des Grafen Czernin aufgegriffen, leider ohne den agitatorischen Schwung und die gewinnende Beredsamkeit seines Vorgängers:

Es sei mir gestattet, die Herren Vertreter der deutschen Presse im Namen der gemeinsamen Regierung wärmstens willkommen zu heißen.

Ich möchte hier darauf hinweisen, wie tief die deutsche Presse den Bündnisgedanken hineingetragen hat in ihr ganzes Wirken und Walten.

Das Bündnis, das uns mit Deutschland vereint, ist nicht bloß ein papierenes Dokument, dessen Klauseln wir uns pünktlich zu erfüllen begnügen; das Bündnis ist ein organischer Bestandteil unseres früheren politischen Lebens geworden. Daher ist auch der einvernehmlich beabsichtigte Ausbau des Bündnisses nicht eine zufällige Kombination der Zweckmäßigkeit, sondern die logische Forderung der Entwicklung seiner rein defensiven, friedenssichernden Zwecke.

Es soll nicht gesagt sein, daß die deutsche Presse sich das Recht der Kritik über österreichisch-ungarische Dinge oder die Freiheit ihrer Meinungsäußerung über uns verjagt habe. Das halten wir nie erwidern dürfen. Auch unsere Presse hat es an Freimütigkeit da, wo sie Anlaß zu haben glaubte, auch nicht fehlen lassen.

Aber es kommt alles auf den Geist an, in dem die Kritik geübt wird, und dies ist bei der deutschen Presse stets der Geist des freundschaftlichen Strebens nach Verständigung. Da, wo wir mit ihnen Urteilen über unsere Verhältnisse auch nicht voll übereinstimmen, haben wir nie an dem guten Glauben gezweifelt.

Ernst ist der Augenblick, meine hochgeehrten Herren, in welchen Ihr Besuch bei uns fällt. Die große Sorge drückt uns. Aber wir kennen keine Verzweiflung. Sie können sich hier überzeugen, daß wir ebenso wie Deutschland ohne Furcht und Hebermut aufrecht in Verteidigungskampfe stehen.

Kein Teil kann bis zum Ende eines Krieges des Ausgangs sicher sein, aber es ist von keinem Teil zu erwarten, daß er auf die Möglichkeit des militärischen Sieges verzichtet. Das eine ist jedoch sicher, daß es noch fürchterlich viel Blut, unerbittliche Zerstörung kostbarer Güter unserer gequälten Erde kosten müßte, bis das Ende durch ein militärisches Niederringen des Gegners erreicht würde, wenn dies überhaupt möglich ist. Und es fragt sich: ist nicht der Gedanke ein Frevel an der Menschheit, den Gott des historischen Gewordenseins, der gewiß haben und dräben verbesserungsbedürftig, aber auch verbesserungsfähig ist, ganz niederzulegen zu wollen, um auf den Trümmern das Zukunftsparadies anzulegen, das eben den Fehler hat, nach der Vernichtungsmethode unserer Gegner nur mit viel zu großen Opfern geschaffen werden zu können? Man zähle die bisherigen und denke an die noch kommenden Helatomben dieses Krieges und frage sich, ob es verantwortet werden kann, um einen solchen Preis Kriegsziele erzwingen zu wollen, bei denen das Prinzip der Gerechtigkeit vorangestellt wird, ohne auch nur zu prüfen, ob nicht bei billiger Anwendung jenes Prinzips auch ohne Fortsetzung des ganz zwecklos gewordenen Zerstörungswertes eine Verständigung erreicht werden könnte, wie sie unseren Gegnern wiederholt angeboten wurde.

Meine hochgeehrten Herren! Es mag eine undenkbar Sache sein, dem Gegner die eigene Einsicht vermitteln zu wollen. Der feindliche Verband kann sich aber, wenn er will, leicht überzeugen, daß er in allen Fragen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, der zukünftigen Völkerverhältnisse und in unserem Lande seinem Widerstande, sondern eigenem Fortschrittsbedürfnis begegnet wird, ebenso aber dem Entschluß, für unser gutes Recht und auch weiter standhaft einzusetzen.

Unsere Gegner mögen nur Gelegenheit geben, in ruhiger Rede und Gegende — es ließe sich an irgend eine direkte informative Aussprache denken, die noch längst keine Friedensverhandlungen wären — alles zu erörtern und abzuwägen, was die kriegsführenden Parteien heute voneinander trennt, und es wird vielleicht bald keines weiteren Kampfes bedürfen, um sie einander näherzubringen.

Meine hochgeehrten Herren! Ich wollte Ihnen keine wesenlosen Friedensausblicke vortäuschen in einem Augenblick, wo noch das Kriegesfever die Welt schüttelt. Ich möchte aber vor Ihnen vom Frieden sprechen, weil wir ihn alle eheftlich wollen und gewiß sind, daß in allen feindlichen Ländern eine stets zunehmende Anzahl von ähnlich Denkenden besteht.

Sie, meine sehr geehrten Herren, sind berufen, auch weiter an der großen Aufgabe mitzuwirken, daß dieser Geist, der unsere herrlichen Truppen besetzt, der unserer tapferen Bevölkerung im Hinterlande hilft, alle Leiden und Entbehrungen zu ertragen, gehütet und gepflegt werde. Ihr ferneres Walten sei von Segen und Erfolg gekrönt.

Hierauf erhob sich der deutsche Botschafter Graf Wedel und hielt folgende Rede:

Dem Herrn Präsidenten der Concordia bin ich dankbar dafür, daß er mir durch seine lebenswürdige Einladung Gelegenheit gegeben hat, den heutigen Abend mit Ihnen zu verleben.

Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind Nachbarn, durch die geographische Lage und politische Verhältnisse darauf angewiesen, in engerer Freundschaft miteinander zu leben. Die Voraussetzung einer gesicherten Freundschaft ist Einigkeit. Vertrauen und Jüngung. Die Verhältnisse sind verschieden, aber diese Verschiedenheit braucht durchaus kein Hindernis zu sein der innigsten Beziehungen. Man muß die Verschiedenheit nur verstehen. Man muß sie gelten lassen, achten und berücksichtigen. Hier aufklärend zu wirken, ist eine dankbare Aufgabe für die Diplomatie und ebenso für die Presse. Schopen-

## Feindliche Angriffe beiderseits der Strafe Péronne—Cambrai, an der Strafe Ham—St. Quentin und zwischen Ailette und Aisne.

Berlin, 10. September 1918, abends. Amtlich.

Südlich der Strafe Péronne—Cambrai wurden erneute Angriffe der Engländer, beiderseits der Strafe Ham—St. Quentin Teilangriffe der Franzosen abgewiesen. Derliche Kämpfe an der Ailette.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 10. September 1918. (RST)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Teilangriffen des Feindes nördlich von Merlem und nordöstlich von Ypern blieben kleinere Grabensätze in seiner Hand.

Beiderseits der Strafe Péronne—Cambrai setzte der Engländer seine Angriffe fort. Ihr Hauptstoß richtete sich gegen Souzeaucourt und Epehy. Der Feind wurde abgewiesen. Auch am Abend aus dem Walde von Habrincourt und südlich der Strafe Péronne—Cambrai erneut vorbereitende Angriffe des Gegners scheiterten. Teilkämpfe am Halnon-Walde (südöstlich von Berman) und an der Strafe Ham—St. Quentin. Unsere in vorletzter Nacht vom Crozat-Kanal zurückgenommenen Vortruppen hatten gestern westlich der Linie Esigny—Benducil nur mit schwachen feindlichen Erkundungsabteilungen Fühlung. Teilkämpfe südlich der Dife. Artillerietätigkeit nördlich der Ailette. Zwischen Ailette und Aisne nahm der Artilleriekampf gegen Mittag wieder große Stärke an. Heftige bis zum Abend mehrfach wiederholte Angriffe des Feindes scheiterten. Brandenburgische Grenadiere zeichneten sich bei ihrer Abwehr besonders aus.

Zwischen Aisne und Vesle wiesen wir Vorstöße der Franzosen ab. Eigene erfolgreiche Unternehmungen östlich von Reims, südwestlich von Parroy (an der lothringischen Front) und am Doller.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 10. September. Amtlich wird verlautbart:

An zahlreichen Stellen der italienischen Front lebte beiderseits die Erkundungstätigkeit auf.

Der Chef des Generalstabes.

lauer sagt, es sei eine der weisesten Lebensaufgaben, die Menschen zu nehmen wie sie sind und nicht, wie man sie haben möchte. Das gilt im Völkerverleben; wo man sich ganz versteht, verstummt die Kritik und macht einer wohlwollenden und gerechten Beurteilung und Berücksichtigung Platz. Wir sind ja leider auch gezwungen, in dieser neidischen Welt zum Kampfe zu rufen, aber eine schönere und befriedigendere Aufgabe ist es gewiß, Freundschaft zu pflegen mit denen, die ihrer wert sind und sie erwidern. Patriot sein heißt nicht, das Ausland, sondern das Vaterland lieben und ihm dienen je nach der Art des Berufs. Wir aber, Diplomaten, Schriftsteller und Vertreter der Presse, wir kämpfen mit geistigen Waffen und unsere vornehmste Aufgabe wird es immer bleiben, moralische Eroberungen zu machen für unser Vaterland. Lokalische Eroberungen kann man aber nur machen, wenn man die Befestigung anderer befestigt und berücksichtigt. Den Wunsch möchte ich heute in dieser außerordentlichen Gesellschaft zum Ausdruck bringen, daß es einer harmonischen, vertrauensvollen und zielbewußten Zusammenarbeit von Diplomatie und Presse gelingen wird, die alle glänzend bewährte Freundschaft zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich zu fördern, zu festigen und zu vervollkommen zum Heile unserer geliebten Heimatlande.

Der deutsche Botschafter hat den Finger in eine offene Wunde gelegt: weder die deutsche Diplomatie, noch die führenden Zeitungen der herrschenden Klassen Deutschlands haben moralische Eroberungen zu machen verstanden, selbst nicht unter den stammverwandten Deutschösterreichern.

## Das neue holländische Kabinett.

Die aus den holländischen Wahlen als stärkste hervorgegangene Partei der Katholiken hat dem neuen Ministerium die meisten Mitglieder und in Ruys de Beerenbrouck die leitende Person gegeben und neben diesen ist eine Reihe Mitglieder der antirevolutionären, calvinistischen Partei ins Amt getreten, von denen der Kolonialminister Jorburg, der Landwirtschaftsminister Jffelstein, der Arbeitsminister Alberse, der Justizminister Heemskerk als besonders leistungsfähige Kräfte bezeichnet werden. Was das nunmehr erledigte Kabinett beinahe nicht war, stellt das jetzt gebildete wieder dar: es ist ein rein parlamentarisches Ministerium, hervorgegangen aus den Parteien der Rechten.

Besondere Aufmerksamkeit wird natürlich dem Sachwalter des Außenministeriums Karnebeel geschenkt. Wird er das holländische Staatsbüßel zwischen den Klippen des Weltkriegs durchzusteuern wissen? Der Haager Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ sagt, daß die auswärtigen Angelegenheiten bei ihm in sehr guten Händen seien. Der Bürgermeister vom Haag habe bisher nichts getan und nichts gesagt, was im In- und Ausland so aufgefacht werden konnte, als ob er die Absicht hätte, in irgendwelcher Beziehung von einer strikten neutralen Politik abzuweichen. Man hätte von ihm eine ruhige und vernünftige, aber keine schwächliche Politik zu erwarten. Dies Urteil bestätigt auch der Haager Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, der mit voller Bestimmtheit gegenüber Versuchen, Karnebeel als Mann der Entente zu reklamieren, feststellen zu können behauptet, daß der neue Außenminister rein holländisch denke und empfinde und daß seine Politik auch immer rein holländischen Charakter tragen werde. Er glaubt sogar, daß er diese Politik noch besser werde treiben können, als sein Vorgänger London.

Ob das neue Kabinett nun aber die Dauerhaftigkeit haben wird, die das vorige erwiesen hat, erscheint dem letztgenannten Beurteiler als eine andere Frage. Denn es hat nur die Hälfte der Kammermitglieder hinter sich, muß auf die Mithilfe der Liberalen und Sozialisten rechnen und steht sich in den Fragen der Volksernährung, Besteuerung und anderen Fragen Schwierigkeiten gegenüber, bei denen eben auch in Holland die Geister heftig aufeinanderprallen werden. In der Neutralitätspolitik, die man von Karnebeel erwartet, wird allerdings dem Ministerium die Hilfe der Sozialisten sicher sein. Man braucht sich nur der Ausführungen zu erinnern, die Troelstra während des Wahlkampfes in einer großen, sehr beachteten Rede machte: sie bezeugen diese Annahme.

## Lenins Befinden — Verhaftungen und Kämpfe — Die selbständige Krim.

Nach den letzten Nachrichten läßt das Befinden Lenins, wie PTA am Montag mitteilt, keine Befürchtungen ein. Am 6. September trat ein Umschwung im Zustande des Verwundeten ein. Als Resultat der Krisis muß eine fortschreitende Besserung festgestellt werden.

Auf einer geheimen Zusammenkunft der Menschewiki, die unweit Moskaus stattfand, traten Martoff und Libera laut PTA mit folgenden Vorschlägen hervor: Martoff meinte, man müßte sich in dem Kampf der Gegenrevolutionäre mit der Sowjetregierung neutral verhalten. Libera jedoch forderte zu aktiver Teilnahme an dem Kampfe gegen die Bolschewiki auf, dabei empfahl er die Antisowjetagitation unter der roten Armee als wirksamstes Kampfmittel.

Nach einer Mitteilung der Zeitung „Wjednota“ wurden die Mitglieder des Moskauer estnischen Komitees durch die außerordentliche Kommission verhaftet. Das Komitee bestand aus Vertretern aller bürgerlichen Parteien, der demokratischen Partei des estnischen Bauernbundes und der estnischen Menschewiki. Das Komitee bildete eine „temporäre Regierung Estlands“, welche ihre Vertreter nach Frankreich und England schickte und mit dem englischen Gesandten Lockhart in enge Verbindung trat, von dem es die Zulage zur Hilfe bei dem Zustand gegen die Rotengewalt erhalten hatte.

An allen Fronten des gegenrevolutionären Krieges wird gekämpft. Der neueste Sowjetbericht meldet, daß die Regierungstruppen im Bezirk von Jarizyn in nördlicher Richtung gegen Somoja vorrücken. Vor Jarizyn erlitt der Feind, wie PTA vom 6. September von dort erfährt, eine große Niederlage. „Er war von der Einnahme der Stadt so fest überzeugt, daß hinter seiner Truppen ganze Wagenzüge, von Frauen geföhrt, fuhrten, um Waren aus der Stadt aufzunehmen. Der Feind hoffte auf Mithilfe von Verschwörern in der Stadt selbst, doch wurde die Verschwörung rechtzeitig entdeckt und unterdrückt. Die Standhaftigkeit der roten Armee und ihre Ergänzung durch schnell mobilisierte Freiwilligenregimenter aus Arbeitern und Bauern, sowie durch die Zwangsmobilisierung, haben die Front gefestigt und ihre starke Widerstandskraft und einen frischen Geist verliehen.“ Die Tätigkeit des Bezirkskriegsrats wird gerühmt. Sie habe viel dazu beigetragen, die Stadt zu behaupten und den Feind zurückzuschlagen. Der Kriegsrat hat das Bezirkskommissariat aufgelöst, in dem sich verschiedene Spezialisten der Bewegung Danik, der Sabotage, der Verschönerung und der Verräterei“ eingeiselt und die schlechtsten Elemente der früheren Beamtenschaft um sich versammelt hatten. Der Kriegsrat hat die einen fortgejagt, die anderen ausgewiesen und den Rest verhaftet.

Auch in Zentralasien steht Revolution und Gegenrevolution kämpfend gegeneinander. Von der Front von Semjrischensk meldet PTA: In Samarkand haben wir die Zitabelle und einen Teil der Stadt besetzt. Der Gegner zieht sich auf Tashkent zurück.

Die Krimregierung teilt amtlich die Tatsache der Proklamierung der Selbstständigkeit der Krim und den Beginn von Verhandlungen mit der Ukraine zwecks Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit. In Simferopol begann die Session des tatarischen Parlaments „Kurultaj“. Es trafen nur sehr wenig Abgeordnete ein. Es wurde eine Verschwörung einer Terroristengruppe entdeckt, die Attentate auf Regierungsmitglieder ausüben wollte. Verhaftungen sind vorgenommen.

## Neutrales Urteil über Branting.

Haag, 9. September. Der Schweizerische Korrespondent des „Vaterland“ schreibt in einem Artikel folgendes über die Politik des schwedischen Sozialistenführers Branting: Ein Mann wie Branting, der als Vermittler zwischen zwei streitenden Parteien auftreten will, muß sich in erster Linie die Verschönerung auflegen, nicht seine Person mit einer der beiden streitenden Parteien zu identifizieren, während er gleichzeitig nicht verbißt, wie feindlich er der anderen Partei gegenübersteht. Das ist nicht die Aufgabe eines Vermittlers. In demselben Augenblick, wo er im Namen der sozialistischen Parteien der Ententeländer den deutschen Sozialisten die Aufforderung zu einer Konferenz zukommen läßt, erklärt er in seinem Munde, daß die deutschen Sozialisten außerhalb der Internationale stehen, und eines der Ziele der Konferenz war gerade, die Internationale wieder herzustellen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Anzahl Sozialdemokraten aus den Ententeländern ein ruhigeres Urteil über diese haben als Herr Branting. Wenn Herr Branting jetzt weiterhin verkündet, daß das bedeutsame Hindernis für eine Konferenz die Haltung der deutschen Mehrheit ist, so verbißt er, daß es gerade die Regierungen der Entente sind, die sowohl 1917 in Stockholm, wie jetzt, 1918, die Konferenz unmöglich gemacht und selbst die vorbereitenden Maßnahmen verhindert haben. Hier schließt er unter voller Verdrehung der Wahrheit die Schuld der deutschen Mehrheit in die Schuhe, obwohl die Kabinette in London und Paris die Schuldigen sind. Eine andere Behauptung des Herrn Branting ist ebenso unbedeutend. Er behauptet, daß die deutsche Mehrheit sich weigert, die schwierige Frage der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges zu besprechen. Das ist vollkommen unbedeutend; denn Scheibemann hat Troelstra ausdrücklich erklärt, daß die deutsche Mehrheit zwar den Augen einer derartigen Besprechung nicht einsehen könne, daß sie aber nicht daran denke, sie zu verweigern.

In diesem Falle setzt sich also Herr Branting mit der nächsten Wahrheit in den allergeringsten Widerstand. Wenn endlich Branting erklären zu können glaubt, daß die deutsche Mehrheit sich weigert, über das Recht der verschiedenen Völker, über ihre eigene Regierung und ihre künftige Entwicklung zu entscheiden, zu beraten, insofern es sich um die von Deutschland unterdrückten Völker handelt, dann steht Branting wieder auf gespanntem Fuße mit der Wahrheit. Die deutsche Mehrheit hat sich ausdrücklich bereit erklärt, auf der Grundlage des Memorandums der Neutralen, das in Stockholm aufgestellt wurde, zu unterhandeln. Und dieses Memorandum ist als einer der belangreichsten Punkte bezeichnet: die Behandlung aller nationalen Fragen — aller, dann auch aller — sowohl derjenigen Völker, die von den Mittelmächten, als auch derjenigen, die von der Entente unterdrückt worden sind. Es ist amüsant, daß gerade in dem Memorandum der Ententesozialisten zwar alle Streitfragen behandelt sind, die für die Mittelmächte ungünstig sind, daß aber beispielsweise über die Iren, die Ägypter, die Indier usw. sorgfältig geschwiegen wird. Ein Mann wie Branting, der es wissen muß, sollte seine Beschlüsse mit etwas mehr Vorsicht vertheilen.

Das Allerletzte ist jedoch, daß Branting im Feuer seiner Beweisführung sich darauf beruft, daß die deutsche Mehrheit von den französischen Sozialisten verlange, ihr Land zu einem westlichen West-Litowsk zu verurteilen. Dies würde nur komisch sein, wenn es nicht zugleich beleidigend und durchaus

Um die Versorgung der Rüstungsarbeiter.

Ende voriger Woche tagte eine Konferenz der Arbeiterauschüsse aus den Betrieben der Berliner Rüstungsindustrie. Es waren circa 100 Vertreter vertreten. Der Zweck dieser in regelmäßigen Zwischenräumen stattfindenden Konferenzen ist eigentlich, festzustellen, inwiefern die vom Lebensmittelverband Groß-Berlin den Betrieben überwiesenen Sonderlieferungen an Lebensmitteln auch tatsächlich in ordnungsgemäßer Weise zur Verteilung gekommen sind. In der Konferenz aber kam außer der Erledigung dieser Feststellung sowie Einreichung etwaiger Beschwerden, der neue Plan des Kriegsernährungsamtes betreffend Festsetzung der Preise bei der Sonderlieferung der Rüstungsarbeiter zur Verhandlung. Cohen berichtete einleitend über die geplante Neuordnung, die es mit sich bringe, daß die Preise der auf dem Wege der Sonderlieferung den Rüstungsarbeitern zugeführten Lebensmittel ganz erheblich erhöht werden müßten. Das stelle einmal eine erhebliche Belastung für die Rüstungsarbeiter dar, dann sei es aber auch auf das äußerste bedenklich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, denn die Verteuerung eines Teils der Lebensmittel ziehe naturnotwendig auch eine Verteuerung der auf anderem Wege zu erwerbenden Lebensmittel nach sich. Das trage denn wieder zur weiteren Entwertung des Geldes bei, so daß man sich gegen den ganzen Plan mit Entschiedenheit wenden müsse. Die Arbeiterernährungskommission habe deshalb auch verschiedene Stellen aufgefordert, sich dem Projekt anzuschließen, um so die Durchführung des ganzen Planes zu verhindern.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich bereits unter dem 29. August in dem nachfolgend aufgeführten Schreiben an das Kriegsernährungsamt gewandt.

In den Präzedenzen des Kriegsernährungsamtes, Herrn von Balbow, Czöllenz, Berlin.

Die Tagespresse bringt eine Mitteilung, nach der das Kriegsernährungsamt eine Neuordnung in der Versorgung der Schwerarbeiter mit den beschlagnahmten Schmuggelwaren herbeiführen will. Es ist uns auch von anderer Seite mitgeteilt worden, daß Verhandlungen im Sinne der genannten Preisnotigen im Kriegsernährungsamt geführt worden sind, so daß an der Richtigkeit der Darstellung wohl nicht zu zweifeln ist.

Nach dem in Aussicht genommenen Plane sollen in Zukunft die Preise für die Schmuggelwaren und die für die Inlandwaren zusammengelagert und bei der Verteilung der Schwerarbeiter der Rüstungsindustrie ein Durchschnittspreis für die Waren festgesetzt werden. An sich ließe sich gegen einen Ausgleich der ungebührlich hohen Preise für die Schmuggelwaren nichts einwenden, jedoch erscheint uns der von dem Kriegsernährungsamt in Aussicht genommene Weg nicht der geeignete zu sein, weil er notwendigerweise zu einer ganz wesentlichen Verteuerung auch derjenigen Inlandwaren führen muß, für die Höchstpreise festgesetzt worden sind.

Wir würden es für zweckmäßiger halten, wenn in anderer Weise verfahren würde. Es darf als nicht unberührt erscheinen, wenn bei der Versorgung der Schwerarbeiter der Rüstungsindustrie Zuschüsse aus Reichsmitteln gewährt werden. Da es nicht angängig ist, solche Zuschüsse in jedem Einzelfalle zum Ausgleich der Preise an die jeweiligen Verteilungsstellen geben zu können, so dürfte sich empfehlen, daß die Schmuggelwaren zu den nun einmal für sie geltenden Preisen von der Preisüberwachung übernommen werden. Das Kriegsernährungsamt könnte dann die Lieferung für das Meer aus Beständen an Inlandwaren entsprechend kürzen und die so gewonnenen Inlandwaren den Schwerarbeitern der Rüstungsindustrie zu normalen Preisen zur Verfügung stellen. Es handelt sich hierbei nicht nur darum, der Arbeiterschaft Nahrungsmittel zu einem annehmbaren Preise zur Verfügung zu stellen, sondern es kommt auch in Betracht, daß mit der Festsetzung eines Durchschnittspreises für Schmuggel- und Inlandwaren eine allgemeine Preisverhöhung eintritt, die verhängnisvoll für die weitere Bemessung des Kaufvermögens unseres Geldes, der ohnehin bereits auf das äußerste gesunken ist, wirken muß.

Sollte das Kriegsernährungsamt eine Aussprache in der Sache für nichtig erachten, so sind wir gern bereit, Vertreter zu einer solchen zu entsenden.

Dem Vorstehen des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin, Czöllenz, Vermuth, haben wir Abschrift dieser Eingabe mit der Bitte übermittelt, sich unseren Vorschlägen anschließen zu wollen. Ergebenst

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Des weiteren wird der Lebensmittelverband Groß-Berlin sich gleichfalls gegen den ganzen Plan wenden. In der Diskussion über diese Angelegenheit sprachen sich sämtliche Redner gegen den neuen Plan aus. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Gegen die beabsichtigte Zusammenlegung der teuren Auslandspreise mit den Inlandpreisen bei Sonderlieferungen für Rüstungsarbeiter erheben die versammelten Obleute der Arbeiterauschüsse entschiedenen Protest.

Diese Maßnahme ist geeignet, den schon ohnedies reichlich bestehenden Mangel der Arbeiter noch weiter anzuheben zu lassen. Die Verammlung fordert das Kriegsernährungsamt auf, von derartigen Plänen Abstand zu nehmen.

Einige noch weitergehende Resolutionen wurden, soweit sie sich mit dem Inhalt der oben abgedruckten Resolution decken, gleichfalls gutgeheißen, das Weitergehende aber zurückgestellt, bis die endgültige Stellungnahme des Kriegsernährungsamtes in dieser Frage feststeht. Beim weiteren Bericht der Arbeiterernährungskommission über ihre bisherige Tätigkeit wurde auch Mitteilung gemacht von einer Sitzung des Rüstungsausschusses. (Das ist ein Ausschuss, der vom Lebensmittelverband für die Erledigung verschiedener Fragen eingesetzt ist, und dem neben vier Arbeitgebervertretern vier Arbeitnehmervertreter und Vertreter verschiedener Kommunalbehörden Groß-Berlins angehören.)

In dieser Sitzung wurde unter anderem eine Frage erörtert, die vom Kriegsernährungsamt angeregt wurde und die weitere Bekämpfung des Schleichhandels im Auge hat. Danach wird der Lebensmittelverband um eine Neuordnung darüber ersucht, ob er sich eine gute Wirkung davon verspricht, wenn die Unternehmer aufgefordert werden, einen Abwehr zu unterzeichnen, wonach sie sich bei einer auf den Kopf der Beschäftigten zu berechnenden Vertragsstrafe dazu verpflichten, keinerlei Schleichhandel zu treiben.

Die Diskussion darüber war uferlos lebhaft. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, daß sie sich nichts davon versprechen, und daß auch die Unternehmer einen solchen Abwehr, selbst wenn er von ihnen gefordert würde, nicht unterzeichnen würden. Die Vertreter der Arbeitnehmer sprachen sich für den Plan aus, unter der Bedingung, daß dieser Abwehr allen Arbeitgebern in Deutschland vorgelegt wird, und zwar sowohl in Privatbetrieben, als auch den öffentlichen Betrieben. Das letztere sei ganz besonders nötig, da allen Mitteilungen nach öffentliche Betriebe ganz besonders nach Schleichhandel treiben.

Die Vertreter der Kommunalbehörden waren geteilter Meinung, der Stimmführer der Stadt Berlin stellte sich auf den Standpunkt der Arbeitnehmervertreter, während die Vertreter von Charlottenburg, dem Kreis Teltow, der Stadt Neukölln, sowie auch der Vertreter von Wittenau sich auf den engeren Standpunkt stellten.

Das Mitglied der sogenannten Arbeiterernährungskommission Czöllenz berichtete sodann über die Bemühungen der Kommission,

den in Eisengießereien beschäftigten Arbeitern Schutzzeug zu beschaffen, damit die Arbeiter den Vorschriften der Unfall-Versicherungsgesellschaft entsprechen können. Danach ist folgende Regelung getroffen: Die Rüstungsarbeiter, die zur Verrichtung ihrer Arbeit unbedingt Lederstiefel brauchen, erhalten ohne Bezugschein diese Stiefel geliefert. Die Unternehmer müssen auf einem Formular die Lieferung der Stiefel beantragen. Die Anträge sind bei der Kriegskommissärstelle einzureichen. Die für die Anträge passenden Formulare sind bei der Firma Preuß, Dresdener Straße 43, zu haben.

Groß-Berlin

Wohnungsdämter und Wohnungsnachweise. Zwei Erlasse des Wohnungskommissars.

Das preussische Wohnungsgezet vom 28. März 1918 legt den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern die Pflicht auf, Wohnungsdämter zu errichten. Auch kleinere Gemeinden können Wohnungsdämter gründen und sich gegebenenfalls zur Errichtung gemeinsamer Wohnungsdämter zusammenschließen. Für Gemeinden von 50- bis 100 000 Einwohnern kann durch die Aufsichtsbehörde die Errichtung eines Wohnungsdamtes vorgeschrieben werden. In einem Erlasse hat der preussische Staatskommissar für das Wohnungswesen angeordnet, daß die Gemeinden unverzüglich zur Ausführung des Gesetzes schreiten und, soweit ein Zwang zur Errichtung von Wohnungsdämtern nicht besteht, in eine Prüfung darüber eintreten, ob sich ein Wohnungsdamt empfiehlt. Der Erlaß weist darauf hin, daß dies namentlich dann der Fall sein wird, wenn in einer Gemeinde schon seit längerer Zeit Wohnungsmangel herrscht, ferner bei starker gewerblicher Entwicklung der Gemeinde oder auch dann, wenn in derselben offensichtlich schlechte Wohnungsverhältnisse herrschen. Hinsichtlich der gemeinsamen Wohnungsdämter werde es häufig zweckmäßig sein, sie für den Bezirk eines Kreises ins Leben zu rufen.

In einem weiteren Erlasse hat der Staatskommissar die schnelligste Errichtung von Wohnungsnachweisen empfohlen, und zwar nicht nur für größere Gemeinden, sondern auch für solche mit weniger als 10 000 Einwohnern. Es sei zweckmäßig, die Nachweise als Gemeindeanstalt für alle Wohnungen ohne Rücksicht auf ihre Größe einzurichten und die Benutzung derselben möglichst kostenlos zu gestalten. Wünschenswert sei ein Hand-in-Handarbeiten des Wohnungsnachweises mit dem Arbeitsnachweis. Besonders angezeigt erscheine es, bei der Einrichtung von Wohnungsnachweisen Vorsorge zu treffen, daß vermietbare Wohnungen, die sich für kinderreiche Familien eignen, besonders feintlich gemacht werden.

Erhöhung der Brotration.

An maßgebender Stelle soll die Rücksicht bestehen, die Brotration vom 1. Oktober ab wieder auf 1950 Gramm zu erhöhen. Die bisherige Ration von 200 Gramm soll beibehalten, außerdem sollen 10 Proz. Streckungsmittel bei der Brotbereitung verwendet werden. Eine entsprechende Verordnung des Bundesrats ist in wenigen Tagen zu erwarten.

„Nur Geduld, immer Geduld!“

Warum müssen Kriegsteilnehmer und ihre Familien manchmal unbegreiflich lange auf Erledigung ihrer Rentenansprüche warten?

Eine Kriegserwitte schildert uns, welche Mühe sie hat, ihre Witwenrente zu erlangen. Gestorben ist ihr Mann nicht im Felde und auch nicht im Lazarett, sondern erst nach seiner Entlassung als Kriegsbeschädigter. Den Rentenanspruch der Witwe zu prüfen, scheint in solchem Fall nicht so ganz einfach zu sein. Der Kriegsbeschädigte starb in einer Irrenanstalt gegen Ende 1917, aber noch heute wartet die Witwe auf ihre Rente, die Anfang 1918 beantragt wurde. Während der langwierigen Krankheit des Mannes bezog sie für sich und ihre beiden Kinder die ihm zufließende Rente (einschl. Kriegszulage) mit monatlich 37,50 M., später wurde diese auf 87 M. erhöht, und ein paar Monate vor dem Tode kam eine nochmalige Erhöhung auf 114 M. Derselbe Betrag wurde auch nach dem Tode noch für drei Monate gewährt, dann aber hörte die Weiterzahlung auf. Seitdem sind weitere fünf Monate vergangen — und noch immer wird (seit nun schon acht Monaten) geprüft, ob die Ansprüche der Witwe berechtigt sind. Bisher erhielt sie nur auf die Invalidentaxe ihres Mannes für jedes Kind monatlich 3,70 M. Beihilfenrente. Da sie die Kinder im Alter von 3 1/2 Jahren und von 1 1/2 Jahren nicht sich selber überlassen oder fremden Leuten anvertrauen will, so kann sie für Heranführung des Lebensunterhalts nicht außerhalb des Hauses eine lohnende Beschäftigung annehmen. Einige Zeit hatte sie etwas Heimarbeit, dann nahm sie eine Hauswirtschaft an, die ihr freie Wohnung und monatlich 17,50 M. bringt. Aber das alles zusammen reicht selbstverständlich nicht aus, den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten. Mehrere Male erhielt die Frau aus Stiftungsmitteln und von der Armenpflege mühsige Zuwendungen, im ganzen 71 M. Sie mußte alles irgend Wertvolles verkaufen und daneben noch eine recht beträchtliche Schuldenlast aufhäufen, und auch eine Klage wegen Wertschulden mit nachfolgendem Besuch eines Gerichtsvollziehers und Pfändung eines Möbelstückes blieb ihr nicht erspart. Im Mai wurde wieder mal durch Vermittlung der Kriegshinterbliebenenfürsorge eine vorläufige Unterstützung beantragt, sie soll inzwischen auch bewilligt worden sein, aber bisher hat man der Frau noch nichts gezahlt. In der Bezirksstelle der Kriegshinterbliebenenfürsorge wurde ihr auf ihre oft wiederholten Anfragen wegen ihrer Witwenrente regelmäßig geantwortet: „Nur Geduld, immer Geduld!“ Wie lange wird sie noch Geduld haben müssen? Wie lange soll sie darauf warten, daß man ihr die Rente bewilligt und auszahlt? Wäre der Mann im Felde gefallen, so könnte die Witwe wenigstens die Kriegsunterstützung weiter beziehen, bis ihr Rentenanspruch geprüft ist. So aber wird, weil der Mann als Kriegsbeschädigter gestorben ist, doppelt umständlich geprüft — und inzwischen mag die Witwe sehen, wovon sie lebt.

Doch die dieser Kriegserwitte zugemutete Geduldprobe ist noch nicht die längste. Ein Kriegsbeschädigter, der seine Witwenrente bezieht und dazu eine Krankenrente haben möchte, wartet auf die Bewilligung schon sehr viel länger. Im Lazarett liegend, gab er im November 1916 seinen Antrag zu Protokoll — und noch heute, nach beinahe zwei Jahren, „schwebt“ die Sache. Anscheinend wurde bei der Weitergabe jenes Antrages ein Fehler gemacht, der zu einem Hin und Her von Fragen und Antworten über den Verbleib des Antrages führte. Dazu kam, daß die Heranschaffung der Papiere nicht glatt von statten ging. Aber seit einem vollen Jahr, seit August 1917, haben die amtlichen Stellen keine Papiere mehr eingeholt, wozus wohl geschlossen werden darf, daß seitdem alles vollständig beisammen ist. Woran mag es liegen, daß der Kriegsbeschädigte sich immer noch gedulden muß? Auf seine wiederholten Wohnungen bei der betreffenden Landesversicherungsanstalt und später beim Reichsversicherungsamt — in diesem Jahr hat er vom Januar bis

in den September hinein fünf derartige Eingaben gemacht — kamen immer wieder nur hinlängliche Antworten, wie: es würden noch Erhebungen angestellt, nochmalige Erinnerung sei erfolgt, Ueberbürdung mit Arbeit erkläre die Verzögerung, der Antrag liege zur Begutachtung vor, um tunlichste Beschleunigung sei erstrebt worden usw. Der Kriegsbeschädigte hat Frau und zwei Kinder im Alter von 4 und 6 Jahren, wurde als ein zu 75 Proz. Erwerbsunfähiger entlassen, bezieht eine Rente (einschl. Berufsunfähigkeits- und Kriegszulage) von monatlich 78 M., besteht in einer Anstalt das Amt eines Pförtners, wobei ihm seine Frau tüchtig helfen muß, und erhält im Monat 120 M. Lohn. Daß bei Bewilligung der Krankenrente er und die Seinen zu läppig werden könnten, wird niemand behaupten wollen. Warum muß der Mann nun fast zwei Jahre hindurch darauf warten?

„Nur Geduld, immer Geduld!“ Da sollen die Wartenden und Eingehaltenen nicht die Geduld verlieren —?

Ist das Schwangerenfürsorge?

Bei der Milchverteilung werden neben den Säuglingen und den Kleinkindern die schwangeren Frauen und die stillenden Mütter den bevorzugten Personen zugezählt, die in erster Linie zu berücksichtigen sind. Für die Schwangeren kann man nur wünschen, daß die Gewährung von Milch nicht auf die letzten drei Monate der Schwangerschaft beschränkt würde. Auch wäre es hier besonders nötig, die Beschaffung des dem Antrag auf Milchgewährung bewilligten Wertes zu gewährleisten in jeder Weise zu erleichtern. Wir fordern, daß für alle Anträge auf Bedarfsscheine irgendwelcher Art die etwa erforderliche Untersuchung des Gesundheitszustandes bei Müttern wie bei Armen nur durch bramatete Ärzte ausgeführt und bescheinigt werden darf, und daß der Gemeindefiskus die Kosten übernimmt. Wenn eine Schwangere aus Scheu vor den Zeugnisleistungen einen Antrag auf Milchgewährung hinausschiebt oder ganz unterläßt, so leidet nicht nur sie Schaden, sondern auch der Nachwuchs.

Wie weit in Berlin die Zentralstelle für Krankenernährung auch gegenüber Schwangeren die Schereitern treibt und wie sehr die zu gewöhnliche Milch durch Zeugnisnoten verteuert wird, davon erzählt uns eine Frau, die es durchgemacht hat. Schon in den ersten Monaten ihrer Schwangerschaft mußte ihr außerordentlich viel bewilligt werden, weil sie an heftigen Erbrechen litt, was ein Arzt ihr bescheinigte. Zunächst hatte trotz Zeugnis die Zentralstelle die Bewilligung abgelehnt, auf einen erneuten Antrag aber kam die Aufforderung, genau die Schwangerenfürsorge anzugeben, und dann erst wurde die Milch gewährt. Als der Ablauf der Bewilligungsdauer die Frau um Weiterbewilligung bat, erhielt sie den Bescheid, daß Schwangeren vom sechsten Monat ab auf Zeugnis soundsoviel Milch zu beantragen haben. Sie schrieb zurück, das wisse sie, sie bitte um weitere Gewährung — und wieder verweigerte man ihr auf die Bestimmungen. Jetzt hielt sie es für das Beste, sich aus dem neuen von einem Arzt unterzogen zu lassen, ein zweites Zeugnis einzureichen — das erste hatte 3 Mark gekostet, das zweite kostete 5 Mark — und daraufhin wurde mit einer Verzögerung von einem Monat endlich die Weiterbewilligung ausgesprochen. Die Geltungsdauer reichte diesmal bis zum 1. September, dem Zeitpunkt, für den bereits die Entbindung erwartet wurde. Als diese sich verzögerte, reichte die Frau am 28. August noch einen neuen Antrag auf Weiterbewilligung ein mit dem Bemerkten, daß sie ein drittes Zeugnis nicht bezahlen könne. Am 31. August kam die Aufforderung, sie solle — ein neues Zeugnis eines Arztes oder einer Hebamme — einreichen. Sie antwortete am 1. September mit einem Brief, der bitter über die ihr bereiteten Erörterungen klagte. Die Zentralstelle für Krankenernährung wußte nichts Besseres zu tun, als ihr am 6. September nochmals zu schreiben, daß sie das neue Zeugnis eines Arztes oder einer Hebamme einreichen solle. Die Frau schleifte sich dann zu der Universitäts-Frauenklinik, wo ihr unentgeltlich bescheinigt wurde, daß sie sich im allerletzten Abschnitt der Schwangerschaft befindet. Bei der Zentralstelle, wo ja die früheren Zeugnisse und alle sonstigen Schriftstücke in den Akten sein müssen, kann man wohl nicht selber danach ausrechnen können, wie es jetzt um die Frau steht.

Die Schwangere hat dieses dritte Zeugnis eingeleistet und wartet auf nochmalige Bewilligung der Milch, die sie so kurz vor ihrer schweren Stunde nun schon wieder seit anderthalb Wochen entbehren muß. Ob es gegen solche Behandlung keinen Einwand gibt, fragt sie uns. Von der Zentralstelle für Krankenernährung soll sie ihn nicht hoffen.

So werden die Kohlen verteuert!

Der Verband der Vereine selbständiger Holz- und Kohlenhändler von Berlin und Umgegend, in dem der Kleinhandel zusammengefloßen ist, erörterte am Montag in einer nach dem Lehrervereinshaus einberufenen, sehr stark besuchten Versammlung die neueste Erleichterungserhöhung. Die kleinen Händler klagen, daß der Einkaufspreis (= 20 Zentner) nicht nur um 2,40 M. erhöht worden sei, sondern auch noch durch eine an das Niederlausitzer Kohlen-Syndikat zu zahlende sogenannte Lieferprämie um weitere 2 M. gesteigert werde, womit der Preis sich schon um zusammen 4,40 M. je Tonne (= 22 Pf. je Zentner) verteuern würde. Der Vorsitzende Eschardt gab bekannt, daß der Verband hiergegen Schritte getan und daß kurz vor Beginn der Versammlung das Syndikat versprochen habe, die Lieferprämie solle nicht den Kleinhändlern, sondern nur den großen Plaggeschäften abgenommen werden. Verbandssekretär Dame forderte, auch die Plaggeschäfte von der verteuerten Lieferprämie frei zu lassen, so daß sie nur von den größten Geschäften mit Gleichanschluß zu zahlen wäre. Er brachte zur Sprache, daß auch vielfach Kleinhändlern die Belieferung zu den vom Syndikat festgesetzten Händlerpreisen verweigert wird, sie aber an andere Großgeschäfte verwiesen werden, die dann für die Ladung (Eisenbahnwagen zu 200 Zentner) 20 oder 30 Mark mehr verlangen. Ein Redner äußerte die Befürchtung, der Verzicht auf die Lieferprämie könnte für die kleinen Händler die Wirkung haben, daß nun ihnen die Kohlen vorenthalten und die eine Lieferprämie zahlenden Plaggeschäfte zuerst beliefert werden. Gegenüber dem Hinweis auf die Kohlenstelle, die da einschreiten müsse und werde, erwähnte ein anderer Redner die Behauptung eines den Zuschlag von 80 M. fordernden Großhändlers, daß diese Dinge „der Kohlenstelle bekannt“ seien. In der Versammlung war die Kohlenstelle diesmal wohl nicht vertreten, so daß eine Erwiderung von ihr unterließ. Von einem Redner wurde vorgeschlagen, sofort festzustellen, wievieler Versammlungsteilnehmer schon zur Zahlung solcher Ueberpreise genötigt waren. Der Vorsitzende bemerkte dazu, es sei anzunehmen, daß aus Furcht, keine Kohlen zu erhalten, die meisten einen Ueberpreis zahlen. Mehrere Redner klagten, dem Kleinhandel sei es nicht länger möglich, die Mehrausgaben selber zu tragen und nicht auf die Verbraucher abzuwälzen, aber dann würde das Kriegswucheramt sofort einschreiten. Die Versammlung billigte eine ihr vorgelegte Erklärung gegen diese Ueberpreise und gegen die Lieferprämie sowie gegen unzulässige Umfahrgewinnabwälzung auf den Kleinhandel. Sie erhebt Einspruch dagegen, daß man die von der Kohlenstelle festgesetzten

Verkaufspreise des Kleinhandels als „Liebesgabe“ bezeichnet habe. Diese Preise seien als angemessen nur dann anzuerkennen, wenn die Lieferprämie und auch die Lieferpreise für den Kleinhandel wegfallen. Der Verband wird durch seinen Arbeitsausschuss den Handelsminister um Aufhebung der Lieferprämie und Unterbindung des die Kosten verteilenden Kettenhandels ersuchen.

Die Obdächter in Werder wollen den Berliner Magistrat ersuchen, daß den Werderischen Obdächterfrauen der Verkauf in Berlin wieder übertragen werde. Däß sei genau da, nur in Berlin vorläufig alles. Wenn die Werderischen Obdächterfrauen in Berlin Obdächter verkaufen dürfen, werde Berlin reichlicher mit Obdächtern versehen werden.

Ankunft der Ferienkinder in Berlin. Der erste Transport aus der Sommerfrische zurückkehrender Berliner Kinder ist am gestrigen Dienstag Morgen gegen 9 Uhr auf dem Schloßischen Bahnhof angekommen. Es waren 500 Berliner Kinder, welche drei Monate hindurch in den Kreisen Jüterburg und Niederung bei ländlichen Besitzern untergebracht gewesen waren.

Neuer die Erziehung eines Neutömer Ferienkinder, das nach elterlichem Auktions in Werderhausen jetzt ohne jede Begleitung und in stark verwehrtem Zustande zu seinen Eltern heimgeführt sein soll, weis eine Sozialkorrespondenz zu berichten. Der Neutömer Magistrat sendet uns dazu eine Mitteilung, die den Fall in wesentlich milderen Licht darstellt und eine völlige Aufklärung des Sachverhalts verspricht. Wir werden auf die Angelegenheit ausführlicher zurückkommen, sobald sich genauere Feststellungen ermöglichen lassen.

Ein Singsongfest des Pflückerischen Orchesters findet heute im Stadtheater Raabitz, Alt-Raabitz 47/48, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf., Kassenöffnung 7 Uhr.

Schwerer Eisenbahnunfall in Zehlendorf. Auf dem Güterbahnhof Zehlendorf-Mitte hat sich Dienstag früh ein Unfall ereignet, bei dem ein Bahndiener getötet und nicht unerheblicher Sachschaden angerichtet wurde. Ein aus Potsdam eintreffender, nach Berlin bestimmter Güterzug, fuhr auf der Station Zehlendorf-Mitte auf ein falsches Gleis und stieß infolge dessen gegen den Streckbau. Der Anstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß mehrere auf die Lokomotive folgende Wagen aus den Schienen gehoben und ineinandergeschoben wurden. Dabei wurde der Packwagen zertrümmert und einige Waggons beschädigt. Leider ist auch ein Reisenderleben zu beklagen. Der Fahrer des Güterzuges K. O. K. aus Potsdam wurde bei dem Anstoß von der Maschine geschleudert und erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß er fast auf der Stelle starb. Der Führer der Lokomotive wurde schwer verletzt. Infolge des Unfalls war der Verkehr für längere Zeit behindert.

Ueber das geheimnisvolle Verschwinden eines Geldbriefträgers wird aus der Spanbauer Straße berichtet. Bei dem dortigen Postamt war der 67 Jahre alte Obergelehrter Albert Weber bedienstet, dessen Bestellbezirk die Spanbauer, Kaiser-Wilhelm-, Poststraße, Hoher Steinweg, Neuer Markt, Heidenreiterstraße, Rathaus war. Von seinem Verschwinden am Sonntag Vormittag ist der Beamte nicht wieder zurückgekehrt. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib waren bisher ergebnislos. Bei seinem Hundgange traug er zwei Ledertaschen bei sich, die 10 Reichsmarkbriefe, einen Geldbrief und 1000 M. bares Geld enthielten. Mit einer Vermutung ist man zu rechnen. Wahrscheinlich ist, daß dem alten Beamten ein Unfall ausgefallen oder daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Weber, der Familienvater ist und in der Schulstraße wohnte, ist 1,68 Meter groß, hat eine blass Gesichtsfarbe, einen dunklen Schnurrbart und graumeliertes Haar und trägt Volkuniform. Bei sich hatte er u. a. auch eine Strohhüte der Linie 99.

Bermittelt wird seit dem 4. September abends der sechsundzwanzigjährige Oberrealschüler Werner Schneider aus Schöneberg, Eisenacher Straße 99. Sein einer Witwe. Der Verstoßene ist heikel mit einem grauen Sportjacket, einer leinwandenen Hose und blauem weichen Hut. Sehr wahrscheinlich trägt der Vermittelte als Oberkleidung noch einen Ledermantel. Es wird vermutet, daß er sich noch außerhalb heben hat. Im Interesse der alleinlebenden Mutter wird höchst gehoben, beim Kaufmann des Vermittelten schnellstens Nachricht an die Mutter oder an das nächste Polizeirevier zu geben. 300 M. Belohnung sind für zweckdienliche Angaben aufgesetzt.

Requiem zwischen Obdächter und Obdach. Folgendes Verkommen wird dem „Sozial-Anzeiger“ aus Caput berichtet. Der dort wohnende Obdächter Stavensow erwachte in der Nacht zu Dienstag durch ein aus seinem Garten dringendes Geräusch. Nicht bedenkend er sich an, bewachte sich mit einem Revolver und begab sich in seinen Garten, in dem er einen Mann auf einem der Bäume sitzen sah, der eifrig beschäftigt war, das reife Obst abzupflücken. St. rief den Dieb an und forderte ihn auf, herabzukommen. Der Mann kam dem Befehl nach: kaum berührte er aber den Boden, so drang er mit erhobenem Stock auf St. ein und schlug ihn damit mehrere Male wütend über den Kopf. In der Notwehr zog St. jetzt seinen Revolver und schloß auf den Anreißer, der schwer verletzt zusammenbrach. St. forderte den am Boden Liegenden nun auf, sofort sein Grundstück zu verlassen, und als der Mann unter Hinweis auf seine schwere Verletzung sagte, daß er dies nicht könne, schlug nun St. mit dem Stock auf den Wertwunden ein. Er ließ ihn dann liegen und begab sich in sein Haus zurück. Erst Dienstag morgen, als der Verletzte noch immer dort lag, erstattete der Obdächter Anzeige von dem Vorfall, und nun wurde der Verletzte nach dem Potsdamer Krankenhaus gebracht, wo er bedenklich darniederliegt. Es ist der Kaufmann Dippel aus Charlottenburg.

Geschäftliche Notizen. Die Vacuum-Walcher & Co. zeigt im Invalentent der heutigen Kammer die Vorführung ihres Waageapparates am Mittwoch, Donnerstag und Freitag den Hausfrauen an.

Schöneberg. Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Graf v. Ratibitza mit anerkennenden Worten der Tätigkeit der verschiedenen Stadtverordneten Kämmerer (Viz.) und Paul Magnan (Soz.). Darauf wurde Kenntnis genommen von der Vorname der Ergänzungswahl mehrerer unbesoldeter Stadträte und eines besoldeten Stadtrates für Dr. Licht. — Genosse Rohs fragte an, ob die Amtübertragung des Stadtrats Licht eine freiwillige war oder ob die bekannte Pressestimme in der „Wahrheit“ den Anlaß dazu gegeben habe. — Oberbürgermeister Dominikus erklärte, es seien nur ehrenre Gründe, die Stadtrat Licht veranlassen, aus seinem Amt zu scheiden. Eine private Gesellschaft habe ihm ein äußerst günstiges Angebot gemacht und dieses sei von ihm angenommen worden. Jegliche andere Vermutungen seien nicht zutreffend.

Rumrucht wurde der Entwurf der neuen Bestimmungen über die Gewährung von laufenden Teuerungszulagen zur Debatte gestellt. Der Entwurf sieht noch keine allgemeinen Erhöhungen vor, sondern nur einen Ausgleich mit den in den Nachbargemeinden geltenden Grundätzen. Die Arbeiter erhalten nach den bisherigen Sätzen eine Kriegsteuerungszulage für den Arbeitstag. Es sollen erhalten die Verheirateten 350 M. täglich, Ledige 250 M. und jedes Kind 1 M. Für Beamte, Lehrpersonen, Privatdienstverpflichtete sind vier Gruppen geschaffen worden. Danach erhalten: Gruppe I mit einer Jahresbezahlung bis einschließlich 3400 M., Verheiratete 110 M. monatlich und Ledige 65 M., Gruppe II bis einschließlich 6100 M., 115 M. und Ledige 70 M., Gruppe III von mehr als 6100 M., 120 M. und Ledige 75 M. Die Magistratsmitglieder erhalten 125 M. bzw. 50 M. monatlich. Für jedes Kind werden

## Groß-Berliner Parteinaufrichten.

### Groß-Berlin.

Heute abend 8 Uhr: Mitgliederversammlungen und Zusammenkünfte der Parteigenossen.

In allen Veranstaltungen Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.

#### Berlin I.

bei Glaue, Kommandantenstraße 88.

#### Berlin II.

im Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Tr.

#### Berlin III.

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

#### Berlin IV.

Landberger Viertel im Gymnasium, Landberger Allee 40. — Frankfurter Viertel im Kleinen Gewerkschaftshaus, Elisabethstr. 11. — Stralauer Viertel bei Frau Klein, Simon-Dach-Str. 24. Ecke Nevaler Straße. — Södeliger und Köpenicker Viertel bei Fröhlich, Rastauer Str. 1.

#### Berlin V.

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 12.

#### Berlin VI.

1. und 2. Abt. bei Dabrowski, Swinemünder Str. 11. — 3. u. 4. Abt. bei Burg, Brandenburger Allee 150, Ecke Raumerstr. — 5. Abt. bei Grunau, Stahlheilmer Str. 30, am Humannplatz. — 6. Abt. bei Goldschmidt, Stolpische Str. 22. — 7. Abt. bei Korn, Kleinstr. 10, Ecke Goldplatz. — 8. Abt. bei Hoffmann, Swinemünder Str. 47. — 9. Abt. bei Obigals, Stralander Str. 11. — 10. Abt. bei Garus, Volkstr. 37. — 11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101. — 12. und 15. Abt. bei Bauer, Wiesenstr. 20a. — 13. und 14. Abt. bei Kleinert, Levetowstr. 21, Ecke Joggowstraße. — 18. und 19. Abt. im „Schwedensack“, Ecke Schwendstraße und Egerstraße. — 16., 17., 20., 21. und 22. Abt. bei Sachs, Lindower Straße 26.

### Teltow-Beeskow.

Mit-Glückens-Gallenberg bei Meier, Straße am Jassenberg 19/20.

Sohnsdorf: bei Heilmann, Niederstraße. — Brigg-Budow bei Otto Bahr, Brigg, Berderstr. 37. — Charlottenburg: im Volkshaus, Köpenicker Str. 3 (Saal). — Upenid: Altkath bei Gustav Müller, Alter Markt. — Dammvorstadt bei Karl Köcher, Kaiser-Wilhelm-Str. 5. — Kleber Vorstadt bei Otto Niebach, Müggelseimer Str. 1. — Köpenicker Vorstadt bei Albert Stippel, Schönefelder Str. 5. — Johannisthal bei Weitz, Moonstr. 2. — Mariendorf: im Sportrestaurant, Chausseestr. 44. — Neukölln. Saffage-Beckstraße, Bergstr. 152. — Schöneberg: bei Ost, Marien-Luther-Str. 69. — Steglitz. Die Parteiverammlung fällt am Mittwoch aus und wird später noch bekanntgegeben. — Tempelhof bei Paul Schade, Berliner Str. 121. — Treptow-Baumgartenweg bei Ebert, Treptow, Grachstr. 1 und bei W. Erbe, Baumgartenweg, Baumgartenstr. 14. — Wilmersdorf bei Schumann, Schwarzpflanzstr. 120. — Wilmersdorf bei Max Schäfer, Brandenburgische Str. 60.

### Niederbarnim.

Orfer: bei Eichhorn, Wilhelmstraße. — Fehrbellin-Petershagen-Bruchmühle bei Geuer in Petershagen. — Lichtenberg bei Hamann, Profener Str. 35, Ecke Gröphstr. — Oberschöneweide: bei Labowitz, Laufenerstr. 5. — Reinickendorf-Ep. Reinickendorf-Mitte und Schweizer Viertel bei Köster, Holländer, Ecke Thuner Str. — Reinickendorf-Ost: Provinzialstraße mit Nebenstraßen bei Neumann, Provinzialstraße, Ecke Doppelstraße. — Reinickendorf-West bei Schiller, Antonienstr. 10. — Röntgenstr. bei Röntgen, Donnerstag, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Karg, Röntgenstr., Beuolwstraße, eine Zusammenkunft statt. — Weichensee bei Stärke, Charlottenburger Straße 8.

monatlich 80 M. extra gewährt. Die Reinmodefrauen erhalten 75 Proz. ihres Lohnes. Familienzulagen werden auf die Teuerungszulagen nicht angerechnet. Die bisherigen Teuerungszulagen kommen in Fortfall. Diese Bestimmungen treten für die Wochenlohnempfänger mit Beginn der ersten hollen Lohnwoche und für die übrigen mit dem 1. Oktober in Kraft. — Genosse Rohs betont, daß die Arbeiter und Selbstbediensteten in einer bedrückten Lage sind und es daher erwartet werde, daß baldigst eine Vorlage eingebracht wird, die eine wesentliche Verbesserung erhält. Dem jetzt geschaffenen Ausgleich stimmte die sozialdemokratische Fraktion zu. — Stadtrat Wassmannsdorf stellte eine neue Vorlage in Aussicht, sobald die anderen Gemeinden ihre Arbeiten erledigt haben. — Der Ausgleich wurde einstimmig angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte in betreff Regelung der Pachterhältnisse der Landkolonisten folgende Anfrage gestellt: Was gebührt der Magistrat zu tun, um die durch Kündigung der Pachterträge hervorgerufene Erregung unter den Schöneberger Landkolonisten zu beseitigen?

Wie denkt der Magistrat insbesondere: 1. über die Uebernahme des Landkolonistengeländes durch den Magistrat als Generalpächter? 2. über die Fortsetzung des Pachterhältnisses für alle Landkolonisten, fortlaufend von Jahr zu Jahr, soweit nicht die Grundstücke im nächsten Jahre der Bebauung tatsächlich erschlossen oder Wege angelegt werden müssen? 3. über den Abschluß der Pachterträge nicht unter der Dauer eines Jahres, seit dem Oktober bis September laufend? 4. über die Ueberweisung noch zu erschließenden Landkolonisten im allgemeinen geltenden Bedingungen an solche Pächter, die ihre alte Kolonie infolge Umlegung der Grundstücke des Siedlungsgebietes oder wegen Durchführung von Bauten oder Begegnungen verlassen müssen? 5. über eine Vergütung von 50 Proz. der entstehenden Umzugskosten an ausgemietete Kolonisten?

Genosse Rohs begründete die Anfrage dahin, daß die Kündigungen vieler Kolonisten diese veranlaßt hätten, in einer stark besetzten Versammlung gegen dieses Verfahren den stärksten Protest einzulegen. Und das auch mit Recht. Jetzt während des Krieges hätte die Umlegung ruhen sollen. Es wäre dadurch viel Unruhe erspart worden. Da es nun trotzdem geschehen, müsse der Magistrat auch Entgegenkommen zeigen. In den Fällen, wo Landkolonisten räumen müssen, sollte eine Abhandlung von 50 Proz. gewährt werden. Oberbürgermeister Dominikus entgegnete, daß bereits mit einer Kommission der Landkolonisten verhandelt worden und in allen Fragen Ueber einstimmig geschlossen ist. Es tue dem Magistrat sehr leid, daß den Kolonisten derartige Ungerechtigkeiten entfallen sind. Da, wo Zugangswege geschaffen werden müssen, soll der Schaden gedeckt werden. Der Magistrat habe die Generalpacht übernommen. Das Umlegungsverfahren gebe seinen Weg, allerdings nur auf dem Papier und formell. Nur, wenn der Besitzer davon will, muß der Kolonist sich fügen.

Genosse Käfer wünschte, daß die Deckung des entstandenen Schadens nicht auf 50 Proz. bemessen bleiben soll, sondern von Fall zu Fall berücksichtigt wird, um im Bedarfsfall auch den gesamten entstandenen Schaden zu decken. Damit war die Anfrage erledigt.

Neukölln. Lebensmittel. Die aus der Magistrat zur Ergänzung anderer letzten Notiz mitteilt, findet der Verkauf von Milchprodukten (Sonderkondensiertes Milch usw.) in den städtischen Verkaufsstellen nur auf die Abschnitte 120 J und 120 B der Neu-

Wäner Warenbezugsliste statt und zwar zunächst nur an Inhaber der Haushaltungsliste Serie I mit den Anfangsbuchstaben L—Z und Serie II Buchstaben A—J.

Wilmersdorf. Eigenes Heim für die Lebensmittelversorgung. Die Geschäfte der städtischen Lebensmittelversorgung leiden gegenwärtig vor allem darunter, daß die einzelnen Abteilungen in verschiedenen Gebäuden und Straßen untergebracht sind. Da eine Erweiterung der jetzt zur Verfügung stehenden Räume nicht möglich ist hat der Magistrat ein ganzes Gebäude in der Vadenischen Straße 43/44 gemietet, das sich noch im Bau befindet, aber in kurzer Zeit bezugsfertig hergestellt wird. Das Gebäude enthält 150 Räume, in denen außer den Lebensmittelabteilungen des Magistrats auch andere städtische kriegswirtschaftliche Verwaltungsstellen untergebracht werden sollen.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 61 und 62 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 100 und 150, zusammen 250 Gramm Morgenrot oder Suppen abgegeben. Die Anmeldung hat bis einschließlich 15. d. Mts. zu erfolgen.

Aldershof. Bekämpfung der Wohnungsnot. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung weitgehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot beschlossen. Da der Mangel an Wohnungen in Aldershof in der Hauptsache durch die dort liegenden Heeresbetriebe verursacht ist, hat sich die Gemeindeverwaltung bereits an das Kriegsministerium mit der Bitte gewandt, in Aldershof durch die Heeresverwaltung Wohngebäude zu errichten. Die Gemeinde selbst wird nach dem Beschluß der Gemeindevertretung 200 000 M. für Wohngebäude und geeignetes Gelände hierfür zur Verfügung stellen. Außerdem wurde beschlossen, der in der Gründung begriffenen Siedlungsgesellschaft im Kreise Teltow m. b. H. mit einer Stammeinlage von 30 000 M. beizutreten. Aldershof will keine Baracken und Holzhäuser, sondern Dauerbauten herstellen, und zwar in Eisenbeton nach der neuerdings befürworteten sparlichen Bauweise. Es sind zweistöckige Häuser in Aussicht genommen, die eine Lebensdauer von mindestens 50 Jahren haben, so daß sich das hineingesteckte Kapital besser verzinst als bei Holzbauten mit weitaus kürzerer Lebensdauer. Es sollen in diesen Häusern nicht nur Kleinwohnungen, sondern auch Mittelwohnungen von 3 bis 4 Zimmern hergestellt werden, für die gleichfalls in Aldershof ein außerordentlich großes Bedürfnis besteht. Bei der Teltower Siedlungsgesellschaft und der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft des Staates, der bekanntlich auch in Aldershof forstwirtschaftliches Gelände zur Kleinhausbebauung bereitstellen will, will die Gemeinde Aldershof den Antrag stellen, zur Behebung der Wohnungsnot den Bau von Kleinwohnungen möglichst rasch in Angriff zu nehmen. — Zu Beginn der Sitzung wurde an Stelle des Schöffen Dopmann, der sein Amt niedergelegt hat, der Gemeindevorordnete Kupfermacher Luft einstimmig zum unbesoldeten Gemeindevorstand gewählt.

## Gerichtszeitung.

### Militärische Jugendübungen und Fortbildungsschule.

Das Kammergericht hat sich mit einem dreizehnen Strafrecht gegen den Lehrling G. und Genossen aus Kahlhansen zu beschäftigen, welchen zur Last gelegt worden war, unbefugt den Übungen der Jugendkompanie ferngeblieben zu sein. Die Strafkammer sprach aber sämtliche Angeklagten frei, weil der in Betracht kommende Nachtrag zum Orisstatut nicht die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten habe und daher unverbindlich sei. Diese Entscheidung forderte die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an, welches die Vorentscheidung aufhob und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurückwies und u. a. ausführte, durch Erlass der Minister des Krieges, des Innern und der geistlichen Angelegenheiten vom 16. August 1914 wurden die Behörden aufgefordert, die militärische Vorbereitung der heranwachsenden Jugend nach Kräften zu fördern und zu unterstützen. Diesen Erlass teilte der Handelsminister durch Rundschreiben vom 4. September 1914 dem Regierungspräsidenten mit dem Ersuchen mit, die Leiter der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen zu veranlassen, die in Frage kommenden Schüler zur Teilnahme an den Übungen zu ermuntern. In einem weiteren an den Regierungspräsidenten gerichteten Erlass vom 8. Oktober 1914 erklärte sich der Handelsminister damit einverstanden, daß in Fällen, wo es zur wirksamen Durchführung der Übungen erforderlich sei, für die Dauer des Krieges der eigentliche Fortbildungsschulunterricht für die Schüler bis auf 2 Stunden wöchentlich beschränkt werde und lehrplanmäßig die Übungen zur militärischen Vorbereitung an die Stelle der freigeordneten Stunden gesetzt werden. Dagegengehende Beschlüsse der Schulvorstände sollten dem Regierungspräsidenten zur Genehmigung vorgelegt werden. Dieraus sei anzunehmen, daß die Versammlung militärischer Übungen, welche der Schulvorstand durch einen vom Regierungspräsidenten genehmigten Beschluß während des Krieges in den Lehrplan der Fortbildungsschule aufgenommen habe, nach § 150 (4) der Gewerbeordnung strafbar sei.

### Unter der Anklage des verurteilten schweren Raubes

Hand gestern der 22 Jahre alte, bisher unbestrafte Raubergeschehen durch Hüttel vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die ziemlich unverständliche Tat des Angeklagten hatte seinerzeit das Schöffengericht unter dem Gesichtspunkte der Körperverletzung beschäftigt, dieses erklärte sich aber für unzuständig und verwies die Sache vor das Schwurgericht. Der Angeklagte ist Kriegsbeschädigter, ihm ist als Folge einer Verwundung die linke Hand abgenommen und er ist mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden. Der Angeklagte, der eine Invalidentaxe von monatlich 65 M. bezieht, hatte Beschäftigung als Maler bei dem Kaiser Heinrich Pfeifer gefunden und verdiente dort täglich 15 M. Pfeifer hatte für die Firma Bornemann in der Zeughostr. 3 das Anstreichen von Maschinengehäusen übernommen und für diese Arbeit war der Angeklagte leistungsfähig. Als am 4. Januar Pfeifer allein mit dem Angeklagten im Arbeitsraum beschäftigt war, erhielt er plötzlich von hinten einen schweren Schlag auf den Kopf, so daß er zunächst an eine Explosion glaubte und vorübergehend das Bewußtsein verlor. Als er wieder zu sich kam, fand der Angeklagte vor ihm mit hochgehobener Hand, in welcher er den 8 Pfund schweren eisernen Kasten hielt. Mit diesem hatte er nicht nur den einen Schlag von hinten auf Pfeifer ausgeführt, sondern ihm auch oberhalb der Stirn eine blutende Wunde beigebracht. Jetzt fand er schlagbereit vor ihm und rief ihm zu: „Wohler!“ Der blutüberströmte Pfeifer holte sein Portemonnaie aus der Tasche und erzwang den Angeklagten, ihn zufrieden zu lassen. Im gezeichneten Augenblick sprang er durch seinen Angreifer an die Rechte, rief ihm zu Boden und lockte durch seine Hilferufe mehrere bei der Firma Angestellte herbei. Hüttel wurde festgenommen, Pfeifer zunächst zur Invalidentaxe und von dort nach dem Krankenhaus gebracht. — Der Angeklagte bestritt, gerufen zu haben „Wohler!“ und gab als Motiv seiner Tat folgendes an: Wenige Tage vorher habe ihm Pfeifer davon gesprochen, daß wohl die Arbeit auf einige Tage ausgesetzt werden würde. Er habe nach seinen Erfahrungen als Kriegsbeschädigter an anderen Arbeitsstellen angenommen, daß dies nur ein Vorwand sein sollte, um ihn wieder abzuwimmeln. Da sei ihm der Gedanke gekommen, den Pfeifer arbeitsunfähig zu machen, damit er an dessen Stelle kommen könnte. — Staatsanwalt Dr. Rosenfeld beantragte die Bejahung der Schuldverfälschung nach verurteiltem Raub, event. der Schuldfrage nach verurteiltem räuberischer Erpressung unter Jubilation mildernder Umstände. Justizrat Saalfeld wollte den Angeklagten nur der Körperverletzung schuldig erklären lassen. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurde G. wegen verurteilten räuberischer Erpressung unter Jubilation mildernder Umstände zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Gefängnis beantragt.



# Augen-Schmerzen

Müdigkeit, Kopfschmerz, Nervosität.



Leiden Sie daran? Wenn Sie schon vieles dagegen vergeblich versucht, aber mit großen Ausgaben nur keine oder vorübergehende Erfolge erzielt haben, so lesen Sie noch heute die Schrift: „Ratschläge eines Fachmannes“. Beseitigt werden auch Sie, wie das so häufig ist, mit Erkennen, daß Ihr Leiden von Ihren Augen ausgeht. Sind's die Augen, so können Sie versichert sein, daß wir Ihnen leicht und sicher helfen können. Ihre Beschwerden werden beseitigt durch genaue Ausgleichung der Fehler Ihrer Augen. Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für rechte Sitz und für Haltbarkeit aller Fassungen von 8,50 M. an. Dafür erhalten Sie z. B. schon einen guten Kneifer (ohne Gläser) bei

uns und dazu noch zwei Jahre Garantie, d. h.: „so lange alle Reparaturen umsonst“, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wurde. Weber Kerger noch Kosten sollen Ihnen das Tragen unserer Gläser verleidet. Das ist

## Die Ruhe-Garantie.

Sie garantiert Zufriedenheit! Nur für Reparaturen an Hornteilen, Schildpatt usw. oder für zerbrochene Gläser haben Sie noch zu zahlen. — Stark gewölbte, punktuell abbildende Punktort-Mentolen kosten bei uns nur 8.— M. das Paar, aus Sanostop-Glas (D. R. P.) 10 M. — Wenn Sie uns nicht schon heute oder morgen besuchen können, so schreiben Sie lieber sofort eine Postkarte nach dem Wächlein, es kostet nichts!



Verlangen Sie nach anderthalb kostenlos unser Oplometer zum Selbstbestimmen vollen der Gläser nach Veränderte.

# Optiker Ruhnke

**C. Spitzmarkt,**  
des Wall-Str.  
Alexanderplatz  
neben U-Bahnhof

**W. Leipziger Str. 113,**  
des Kaiser-Str.

**N. Chaussee-Str. 72,**  
Javalien-Str. 164  
des Brunnen-Str.

**NW. Friedrich-Str. 150,**  
des Dorstheer-Str.

**Friedenau:**  
Rhein-Str. 18, des Reich-Str.  
gegenüber der Kaiser-Str.

**Charlottenburg:**  
Lauenburger-Str. 15,  
des Markburger-Str.

**SO. Oranien-Str. 44,**  
nahe Oranien-Platz

**Friedrich-Str. 183,**  
des Linden-Str.

**Friedrich-Str. 108,**  
des Jäger-Str.

**Schöneberg:**  
Haupt-Str. 21  
am Kaiser-Wilhelm-Platz

**Wilmersdorf:**  
Berliner Str. 132-3,  
des Ullrich-Str.

Im Dienste für das Vaterland fand den Heldentod in treuer Pflichterfüllung der Gefreite, Herr

## Paul Schütze

Inhaber des Eis. Kreuzes II. Kl.

Derselbe war 12 Jahre in unserem Hause als Maschinenmeister tätig und verlieren wir in ihm einen gewissenhaften, fleißigen Mitarbeiter, dessen wir uns stets gern erinnern werden.

**J. Garbáty-Rosenthal**  
Cigarettenfabrik J. Garbáty  
Berlin-Pankow.

127L

Auf dem Felde der Ehre fiel bei den letzten schweren Kämpfen im Westen unser langjähriger Mitarbeiter, der Maschinenmeister, Herr

## Paul Schütze

Gefreiter in einem Infanterie-Regiment.

Wir verlieren in ihm, den wir noch vor vier Wochen während seines letzten Urlaubes in unserer Mitte begrüßen konnten, einen unserer besten Freunde und Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Meister

der  
**Cigarettenfabrik J. Garbáty**  
Berlin-Pankow.

127L

Als Opfer dieses furchtbaren Weltkrieges fiel im Westen unser Meister,

Herr

## Paul Schütze.

Wir betrauern in dem Entschlafenen einen aufrichtigen und gerechten Vorgesetzten, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

127L

Das Personal

der Maschinensäle der Firma J. Garbáty  
Berlin-Pankow.

Verband der Kupfer- und  
Zinn-Industrie  
Deutschlands.  
Zentrale Berlin.

Am 6. September ver-  
lorb plötzlich unser lieber  
Kollege

## Franz Gierszewski

an Schlagadererkrankung im  
Alter von 59 Jahren.

Seine Andenken:  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags  
5 Uhr, von der Halle des  
St. Andreas-Kirchhofes in  
Lichtenberg aus statt.  
Nege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

90/8

Gefangenverein  
Männer- und Frauen der  
Copenick.

Den Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß als finktes Opfer  
des hochverkauften Weltkrieges  
am 28. August in den  
Kämpfen im Westen unser  
langjähriger, treuer Mit-  
glied, der Sangesbruder

Unteroffizier  
**Emil Grünig**

im Stübchen Alter von  
29 1/2 Jahren gefallen ist.  
Wir werden sein Andenken  
stets in Ehren halten.

87/15 Der Vorstand.

Haut und seiner Trau und  
die traurige Nachricht, daß  
unser innigstgeliebter, un-  
vergesslicher Sohn, unser  
guter Bruder und Bräutigam,  
der Oberleutnant

## Oskar Schütze

geb. d. Ost. Kreuzes II. Kl.  
nach befristeten Kämpfen  
und Entbehrungen, gerade  
einen Tag vor seinem Hei-  
maturlaub, am 27. August d. Jg.  
durch einen Verkehrsterror fiel.

Dies zeigen im tiefsten  
Schmerz an

1907

Relig. Schütze als  
Johanna Schütze als  
geb. Danz

Ellenbeth Schütze als  
Käthe Schütze als  
Gene Schütze als  
Margarete Götlich als  
Witwe.

Die der Friede,  
und der Schmerz.

## Sozialdemokr. Verein für Berlin VI

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands).  
Heute Mittwoch, den 11. September, abends 8 Uhr,  
bei Sachse, Lindow-Str. 25:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl im  
18. Kommunalwahlbezirk. Referent: Stadtverordneter  
Genosse Emil Dittmer.  
2. Vereinsmitteilungen.  
3. Zahlreiche Besuche erlöst

224/4 Der Vorstand.

**Großverkauf. Kleinverkauf.**  
**Damenhüte** 150/20  
Empressen, Reinigen u. Schwarzfärben  
sämtlicher Winterhüte übernimmt  
**Karl Friedrich, Damenhutfabrik,** Chaussee-Str. 72  
2. Hof, 3. Treppen.

Freitag letzter Tag!

## 3 öffentliche Waschtage

Wittwoch, den 11., Donnerstag, den 12.,  
Freitag, den 13. September,  
täglich zwei Vorführungen  
täglich nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr  
im Saale der Schultze-Bränerie, Schönhauser  
Allee 36/39,

mit dem allgemein als leistungsfähig anerkannten  
**Vacuum-Wasch-Apparat**

## „Das kleine Wunder“.

Dieser Apparat ist vom Kgl. Preuss. Kriegsministerium  
eingehend geprüft u. zur Einführung empfohlen worden.  
In 5 Minuten eine ganze häusliche Wäsche ohne  
Rösten, ohne Bügeln, ohne Reiben tadellos sauber!  
**Bis zu 75 Proz. Seifen-Ersparnis!**  
Preis des Apparates 13 M.

„Das kleine Wunder“ muß jede Hausfrau besitzen,  
es bietet die einzige Möglichkeit, die Wäsche auch ohne  
Seife, nur mit Seseinpulver sauber zu waschen.  
Gedächtnis-Schönung der Wäsche!

Eintritt frei! Kein Kaufzwang!  
Schmutzige Wäsche (auch Stiefelwäsche und  
Barchinen) bitte unbedingt mitzubringen, welche in  
5 Minuten tadellos sauber gewaschen wird.

**Vacuum-Wasch-Co., Berlin-Wilmersdorf 1,**  
Glanze-Str. 45. Telefon: Umland 6417.

Vorbestellungen werden erwartet!

## Flotte Pelzmäntel!!!

kurz und lang 1200, 1500, 1800, 2400 usw.

**Herbst-Ulster! Pelzgefütterte Mäntel!**  
125, 160, 225 usw.  
Mantelkleider.

**Reizende Herbst-Rostüme in Ia Stoffen!**  
185, 210, 250, 325 usw.

**Aus der Frühjahrs- und Sommerzeit!!!**  
1wey. Seidenmäntel 225, 250 usw. Balde - Kostüme 225, 250 usw.  
Stoff- und Seidenstoffe 65, 75, 100 usw.

## Westmann,

1. Geschäft: Berlin W.,  
Mohrenstraße 37a.

2. Geschäft: Berlin NO,  
Gr. Frankfurter Straße 115.  
Sonntags geschlossen.

## Zentral-Kranken- und Sterbefälle

der Zimmerer.  
Verwaltung Berlin.  
Freitag, den 13. September, abends 8 Uhr, im Gewer-  
schaftshaus, Ergeltstr. 15, Saal 3:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:  
Berichterstattung von der Generalversammlung  
und verschiedene Anträge.  
Der Vorstand.  
J. H. St. Schröder, Lützen-Str. 7.

# TABAK

Ähnlich in Aussehen, Geruch, Geschmack u. Packung  
ist

**M. Guttmann's**  
neue verbesserte  
**Pfeifen-  
Mischung**  
mit Tabaklage  
stark durchsetzt.

In der heutigen Zeit der  
Surrogate und des Ersatzes,  
die so viel Minderwertiges  
auf den Markt bringen, ist  
es besonders wertvoll,  
M. Guttmann's neue ver-  
besserte Pfeifenmischung  
kennen zu lernen. Jeder  
der sie einmal probiert,  
wird ihr ständiger Freund.  
43-jährige praktische Er-  
fahrungen auf dem Gebiete  
der Rauchtobakherstellung  
geben die beste Gewähr für  
die sachgemäße Herstel-  
lung. Besonders die längere Einwirkung einer starken  
konzentrierten **Tabaklage** macht M. Guttmann's  
neue verbesserte Pfeifenmischung wohlbekömmlich  
und mild und löst das von verwöhnten Pfeifen-  
rauchern erwünschte Wohlbehagen aus. Der Preis  
konnte dank der Herstellung im größten Maßstabe  
äußerst niedrig bemessen werden: Für M. 1,05 erhält  
man in den Zigarrenhandlungen gegen Vorweisung  
dieser Anzeige 1 Paket zu 100 Gramm. Nach außer-  
halb erfolgt Versand, wo nicht erhältlich 10 Pakete  
für M. 9,45 unter Nachnahme. Wiederverkäufer zahlen  
für 40 Pakete M. 33,00 einschl. aller Spesen.

## M. Guttmann

Berlin O 27 P, Alexanderstraße 22.

Werktaglich 8-5 Uhr. — Telefon: Alexander 4303.

Niederlage bei:  
Merten, NO 43, Goltzowstr. 4.  
Seifert, S 42, Oranienstr. 50.  
Palatowsky, O 27, Alexander-  
straße 27.  
Schneider, O 27, Alexander-  
straße 23.  
Parthum, O 25, Alexander-  
straße 2, 36a, 39/40.  
Lehmann, O 112, Liebigstr. 10.

M. Rohmann, Lichtenberg,  
Frankfurter Allee 249.  
H. Kabaker, O 17, Grüner Weg 43.  
Gebr. Gräfe, W 35, Lützowstr. 20.  
W. Linde, Neukölln, Hermanns-  
straße 68.  
D. Guttmann, Charlottenburg,  
Potsdamer Str. 12.  
Vertreter gesucht.

## Anfangsarten

100 Stück 3 M.  
Schöne Köpfe, Ueber-, Land-  
schilde, Städte usw.  
— Preisliste frei. —  
Berland Nachnahme oder Bar-  
einzahlung auf Karte 15 495  
Hamburg. 1913

## Versandhaus Merkur

Arnold Häger  
Bismarck 129.

In jeder Familie  
verwendet man nur meine  
ganz neu verbesserte  
**Hand-Näh-Ahle „Einzig“.**

Jeder sein eigener  
Sattler u. Schuster.  
Die Ahle näht Stopp-  
stiche wie eine Näh-  
maschine. Man kann  
Schuhe, Geschirre,  
Treibriemen, Pferde-  
u. Wagendeck, Säutel,  
Säcke, Segeltuch  
selbst flicken. Näh-  
ahle „Einzig“ ist die  
beste, welche bis  
heute in den Verkauf  
gelangt. — Stück  
mit drei verschiedenen  
Nadeln. Garn u. Gebrauchs-  
anweisung 4,50 M., 2 Stück  
4,50 M., 4 Stück nur 16,- M.,  
vers. u. Nachn. Porto u.  
Verpackung frei. **Versand-  
haus Georg Boh,**  
Straßburg i. E., Saargemün-  
der Straße 40.

## Neue Forschungen über den Vogelflug.

„Mühselos tummelt sich die Schwalbe im Luftmeer“ — so glaubt der poetisch angehauchte Naturfreund die meisterhafte Beherrschung der Luft durch die gewandtesten Flieger bezichtigen zu dürfen. Allein diese Angabe ist wie so viele über den Vogelflug vollkommen falsch: beinahe das Gegenteil wäre richtig. Die neuere Forschung ist zu Ergebnissen gekommen, unter denen man die gewöhnlich übertrafene werden. Die Untersuchung geht rein physiologisch vor, indem sie die Frage nach der möglichen Arbeitsleistung der Vögel stellt. Man weiß, wo die Leistungsgrenze für den arbeitenden Flugmuskel der Vögel liegt und kommt dann, wenn man den Gesamtstoffwechsel des Vogels berücksichtigt, zu merkwürdigen Ergebnissen. Wenn ein Tier gar keine körperliche Muskelarbeit verrichtet außer der Arbeit des Herzens und der Atemmuskeln, so wird doch Energie verbraucht. Dieser „Grundumsatz“ ist seinem Werte nach bekannt. Bei Muskelarbeit — einerlei, ob bei Tier oder Mensch — wird ein Vielfaches dieses Grundumsatzes verbraucht.

Bei einer Taube, die 20 Meter Geschwindigkeit pro Sekunde im Fluge erreicht, ist der Verbrauch etwa fünfmal so groß wie der Grundumsatz, und der fliegende Vogel strengt sich ebenso sehr an, wie ein Holzgänger bei schwerster Arbeit. Es gibt aber eine Grenze, die der Arbeitsumsatz bei Muskelarbeit nicht überschreiten kann: das Mehrfache des Grundumsatzes stellt die Grenze dar, und daher kann eine Taube eine Geschwindigkeit von etwa 25 Meter in der Sekunde nicht überschreiten. Der Energieumsatz der Vögel (der nach dem Sauerstoffverbrauch gemessen wird) ist nun (auf eine Gewichtseinheit des Körpers bezogen) um so größer, je kleiner die Vögel sind, und aus diesem Grunde werden rechnerisch die Leistungsgrenzen für einen Vogel berechnet. Danach kann bei längerem Fluge der Kolibri eine Geschwindigkeit von 28,2 Meter in der Sekunde erreichen; für die Schwalbe ergibt sich der Wert 27,5, für den Mauersegler 25,2, für die Möwe 23,8, für die Taube 20, für die Krähe 19, für den Fischadler 15 für den kleinen Albatros 14,4, für den Kondor 12,2. Die letzten Zahlen müssen jedem Vogelkundigen zunächst ganz widersinnig vorkommen, denn es ist ja bekannt, daß die großen Raubvögel ganz vortreffliche und schnelle Flieger sind. Wenn man aber annimmt, daß sie die zum Fliegen erforderliche Kraft aus sich selbst heraus aufbringen sollten, so kommt man tatsächlich zu dem Ergebnis, daß gewisse Vögel nicht zu fliegen imstande wären.

Allein die Annahme, daß die Vögel nur ihre eigene Körperkraft zum Fliegen verwenden, ist falsch. Aus den physiologischen Betrachtungen und Berechnungen kommt man vielmehr zu dem Ergebnis, daß die Vögel, die nicht Raubflieger, sondern Schwärmer-Flieger sind, äußere Energiequellen ausnützen müssen. Jeder Vogel hat entsprechend der Größe seiner tragenden Fläche eine gewisse „Schwefelgeschwindigkeit“, die er erreicht, wenn er sich so einstellt, daß er auf den geringsten Widerstand fliegt. Diese Schwefelgeschwindigkeit beträgt beispielsweise für den Kolibri 17,6 Meter in der Sekunde, für die Schwalbe 5,7, für den Auerhahn 17, für den Seeadler 12, für den Trappen 18 Meter. Gewisse Vögel mühen sich aber, um diese Geschwindigkeit zu erreichen, einen viel größeren Energieumsatz aufzubringen, als es physiologisch möglich ist. Vögel von 10 Kilogramm Körpergewicht an, die eine natürliche Geschwindigkeit von 17 Meter haben, fliegen eigentlich an der Grenze der Flugmöglichkeit. Der Albatros z. B. mühte, um überhaupt fliegen zu können, das 6-fache seines Grundumsatzes aufzubringen. Dennoch schwärmt er wirklich mühselos oft viertelstundlang in der Luft, ohne auch nur einen einzigen Flügelschlag zu tun und folgt tagelang den Schiffen, ohne zu ermüden.

Daß diejenigen Vögel, welche zu den Schwefelstärkern gehören, eine äußere Energiequelle ausnützen, ist aus verschiedenen Umständen herzuleiten. Beim Fluge in großen Höhen ist die Sauerstoffversorgung natürlich geringer, als in tieferen Luftschichten; für einen Dauerflug in der Höhe von 5500 Meter bei gleicher relativer Beanspruchung des Stoffwechsels wie in der Tiefe reicht nur das 2-fache des Grundumsatzes zur Verfügung. Raubflieger unter den Vögeln stoßen daher in größeren Höhen auf ganz bedeutende Schwierigkeiten des Fluges. Für die Segelflieger gilt das nicht: Humboldt und Darwin berichten übereinstimmend, wie sie den Kondor hundlang in gewaltigen Höhen (Humboldt in 6500 bis 7800 Meter Höhe) haben schweben sehen. Ein Raubflieger von der Größe des Kondors mühte, um sich in 7000 Meter Höhe in der Luft zu halten, das neunfache seines Grundumsatzes leisten. Eine solche Steigerung ist in einer solchen Höhe nicht möglich. Es bleibt also das Ergebnis: der Kondor ist nicht imstande, sich mit Hilfe der Leistung seiner Flugmuskulatur in der fast verdünnten Luft in gewaltigen Höhen zu halten, in denen er oft beobachtet wird. Vielmehr muß er — und gleiches gilt für alle Segelflieger — eine

äußere Energiequelle ausnützen, den Wind, aufsteigende Luftströme usw. Gerade über den Bergen ist niemals Mangel an aufsteigenden Luftströmen, die bei einer Größenordnung von 1 bis 2 Meter in der Sekunde, wie sie im Ballon nicht selten zur Beobachtung kommen, völlig hinreichen, den Gleitflug des Kondors, der etwa in einem Stundenkreis von 1:15 fliegt abwärts führen würde, horizontal zu machen oder den Vogel sogar ohne jede Muskelleistung Höhe gewinnen zu lassen.

## Konzert des ungarischen Hofopern-Orchesters.

Aus dem klassischen Lande der „Sprosser“ und, man kann schon sagen, mit Geige und Fiedelbogen geborenen Pigeuner, aus Ungarn kommen sie her: die das hochentwickelte Musikleben in Ungarns Hauptstadt verkörpernden Wiltsharmoniker. Eine imponierende Schar fastwahr! Hundertvier Künstler, zu einer Mannmasse verknüpfen — so tritt die Kapelle hier zum erstenmal in unseren Gesichtskreis. Als ein musikalisches Ereignis ersten Ranges muß dieser Besuch, gleich dem der Wiener Wiltsharmoniker, bei uns gebucht werden. Ungefähr um dieselbe Zeit, wie diese konzertierende Gesellschaft entstanden, hat das Budapest Hofopern-Orchester mit den Wienern gleichen Schritt gehalten. Es legte jedoch von Haus aus den Schwerpunkt seiner Aufgabe auf die Pflege nationaler Musik. Das ist nun eben sein Charaktermerkmal.

Alle sinfonischen Vortragsstücke des ersten Vortragsabends waren ungarisch nach Inhalt und Form. Ersterer offenbart sich in der Konzentration alles dessen, was Volksbrauch, Nationalklang und feuriger, dabei ritterlicher Gesichtsrythmus bedeutet. Gerade dieser Rythmus ist ganz einzig in seiner Art. Damit hängt eine glanzvolle farbige Instrumentierung zusammen. Viel Vollständigkeit redet aus den reichlich verwendeten Pfeifen und Schlagwerk — neben Streich- und Blasinstrumenten jeglicher Gattung. Echtes Musiktalent war jedem der gespielten Werke zu eigen, so einer kontopunktierten „Fellouvertüre“ von F. Edel, einer rauschenden, blühenden „Serenade“ von L. Weiner. Besonders aber stand eine sinfonische Dichtung „Festverderber“ von A. Vuttylay hervor. Zugrunde liegt ihr eine Ballade von Arany Janos, worin geschildert ist, wie der Teufel als Geiger mehreren Becklumpen, die das Pfingstfest durchzogen, zum Tanze aufführt und sie nicht mehr zur Ruhe kommen läßt — bis zum Abgang der Hölle. Ferner erregte eine „Szene am Theatrum“ aus der Oper „Don-Plin“ von Edel hohes Interesse. In Erzsi V. Sandor, der Solist dieser Partie, ließ sich eine Sängerin von beständigem Stimmzauber vernehmen. Jetzt war der Kontakt zwischen dem Publikum, unter dem sich zahlreiche Ungarn befanden, und der Kapelle hergestellt. Glorreiche, stolze Weisheit. Auch nach Bizets „Tosca“-Sinfonie, die in pompöser Wiedergabe diesem ersten Abend die rechte Weihe verlieh.

## Miete und Einkommen.

Die Klagen über Wohnungsnot und Mietsteigerung häufen sich immer mehr, und es ist eine der dringlichsten Aufgaben der Behörden, den hier seit lange bestehenden Mangelzustand abzuheben. In dieser wichtigen Aufgabe tatkräftig mitzuarbeiten, unternimmt ein joeben erscheinendes großangelegtes Werk, das vom Deutschen Bund Heimatschutz und der Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung gemeinsam veranlaßt worden ist. Es handelt sich um das in Verlage von Wilhelm Neher-Neßchen in Stuttgart veröffentlichte, von dem Tübinger Professor C. F. Fuchs herausgegebene Sammelwerk „Die Wohnungs- und Siedlungsfrage nach dem Kriege“, in dem die namhaftesten Fachleute ein ausführliches Programm für die künftige Gestaltung unseres Wohnungswesens aufstellen.

Zu dem heute besonders aktuellen Thema „Miete und Einkommen“ nimmt der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schönberg, Dr. Kuczynski, das Wort. Er geht von dem Satz aus, den zuerst im Jahre 1865 Schwabe formuliert hat: „Je ärmer jemand ist, desto größer ist die Summe, die er im Verhältnis zu seinem Einkommen für seine Wohnung verausgaben muß.“ Auch die neuesten statistischen Erhebungen bestätigen diese alte Regel. Kuczynski wendet sich dann aber energisch gegen die bisher vertretene Anschauung, daß die Wohnfrage eine Wohnfrage ist. Es ist durchaus nicht richtig, daß die Steigerung des Einkommens der Minderbemittelten dazu führe, daß sie bessere Wohnungen erhalten. Vielmehr steht die Tatsache fest, daß trotz der starken Lohnsteigerung in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege eine nennenswerte Verbesserung der Wohnverhältnisse nicht eingetreten ist. Die Be-

völkerung wohnt nicht da am besten, wo sie am meisten verdient. In Groß-Berlin, wo in fast allen Bezirken die höchsten Löhne gezahlt werden, besteht die normale Arbeiterwohnung aus Stube und Küche; in Hannover, wo weit niedrigere Löhne gezahlt werden, hat die normale Arbeiterwohnung drei Stuben und Küche. Die besten großstädtischen Wohnungsverhältnisse finden sich im Westen und Nordwesten, im Rheinland, in Bremen, in Hannover, die schlechtesten im Osten, in Berlin, in Königsberg, in Danzig, in Breslau. Diese Verteilung läßt sich nicht aus dem Einkommen erklären, sondern weist auf die kulturelle Verschiedenheit hin, die bei uns in den Lebensansprüchen zwischen Westen und Osten besteht. Berlin hat unter allen deutschen Großstädten die meisten Hinterwohnungen und überhaupt die schlechtesten Wohnungsverhältnisse, und doch gibt es keine zweite deutsche Großstadt, in der die Bevölkerung einen so großen Teil des Einkommens für ihre Wohnung verwendet wie gerade Berlin.

Der Arbeiter hatte zwar um die Jahrhundertwende ein doppelt so hohes Einkommen wie sein Vater vor der Gründung des Deutschen Reiches, aber er mußte auch doppelt so viel für seine Wohnung ausgeben und hatte damit noch keine bessere Wohnung. Kurzum! macht für diese traurige Tatsache die geringen Ansprüche der Bevölkerung verantwortlich für den Mangel an Wohnungskultur, der nach in Deutschland herrscht. Diese Anspruchslosigkeit hat es bewirkt, daß der „Wert“ des Grund und Bodens, auf dem ihre täglichen Wohnungen stehen und der vor der Behauung ein paar Hundert Millionen Mark betrug, heute noch Milliarden zählt. Ihre Anspruchslosigkeit hat es bewirkt, daß der Wohnungsbau vielfach von Leuten betrieben wird, die in jeder Beziehung so leistungsunfähig sind, und daß infolgedessen der Wohnungsbau ganz unwirtschaftlich und unnötig teuer ist. Mag immerhin das Verhältnis von Miete und Einkommen auch in Zukunft dasselbe bleiben wie bisher. Wichtigere als eine Veränderung in dieser Beziehung ist eine Steigerung der Ansprüche der Mieter an ihre Heim.

## Viehfutter aus Nadelholz.

Die von dem Seeverkehr abgeperrten Mittelmäste sind keineswegs die einzigen Länder, die sich jetzt überall nach Ersatzstoffen umsehen, sondern auch anderswo werden jetzt zur Verwertung als Nährmittel Stoffe vorgeschlagen, an die man im Frieden sicher nicht gedacht hat. So soll jetzt, wie der „Tropenpflanzer“ erzählt, in Schweden das Vieh mit Nadelholz gefüttert werden, und zwar ist bereits vom dortigen Reichsverband der Landwirte der Bau einer Fabrik zur Verwertung des Rohstoffes beschlossene worden. Alle Nadelholzer sind angeblich für das Verfäbren geeignet, am besten aber der Wachholder, der einfach im ganzen Busch zerhackt und schließlich zermahlen wird. Das Endergebnis, aus dem noch Terpentin und Del gewonnen wird, hat die Bezeichnung „Tannenschrötmehl“ erhalten. Rinder und auch Pferde fressen es sogar unermüdet gern, doch ist seine Vermengung mit anderem Futter, etwa mit Melasse, zu empfehlen. Wenn versichert wird, daß das Futter nicht teurer sei als Heu, so sollte man freilich etwas anderes erwarten. Größere Versuche über Nährwert und Verdaulichkeit dieses Ersatzfutters scheinen noch nicht unternommen zu sein.

## Notizen.

— Eine Kalenderausstellung, die eine gedrängte Sicht über die hauptsächlichsten Entwicklungsstufen des Kalenders, seiner wissenschaftlichen Grundlagen und zeitgeschichtlichen Bestrebungen geben soll, will das Industrie- und Handelsmuseum in Hannover veranlassen. Näheres ergeben die Ausstellungsbedingungen, die kostenlos versandt werden.

— Ein neuer Riesenkanal geht seiner Vollendung entgegen. Es ist der sogenannte Erie-Kanal, der den Erie-See mit dem Hudsonfluß ungefähr in der Mitte des Staates New York vereinigen wird. Eigentlich handelt es sich um ein ganzes System von Kanälen. Im Jahre 1905 wurde die Arbeit in Angriff genommen, diese Wasserstraßen zu verbessern und auszubauen. Die Ausgaben belaufen sich im ganzen auf 150 Millionen Dollars oder fast die Hälfte der Kosten des Panama-Kanals; die Länge des Kanals, alle Seen und Flüsse einbezogen, beläuft sich auf etwa 700 englische Meilen. Die jährlich auf ihm zu befördernde Gütermenge wird an 10 Millionen Tonnen betragen, wodurch mindestens 500 000 Eisenbahnwagen für anderweitigen Verkehr freigegeben werden. Der Kanal darf von jedem Dampfschiff ohne besondere Abgabe benutzt werden. Er enthält 57 Schleusen, die alle aus Beton erbaut, 300 Fuß lang und 44 Fuß hoch, und deren einige die höchsten und größten Schleusentore der Welt aufweisen.

Spinnereien, die Appreturen, die Färbereien, die Druckereien, die Magazine mit ihren Direktoren, Technikern und Meistern an der Spitze. Der Rest der vieltausendköpfigen Menge bestand aus Arbeitern der anderen Fabriken und fast sämtlichen Lodger Fabrikanten.

„Das nimmt ja nie ein Ende!“ wiederholte Schaja Mendelsohn immer wieder, sich zu seinem Sohn und seinen Begleitern wendend, die mit ihm im Wagen hinter dem Zuge fuhrten, und blickte mit zusammengezogenen Brauen unruhig auf den Valdadin, der über den Köpfen der Menge schwebte, senkte manchmal das Haupt, zupfte nervös an seinem Bart und bohrte fieberhaft seine Blicke in den Sarg, in dem sein Feind und Konkurrent jetzt ruhte.

Er freute sich nicht über seinen Tod, obwohl er so oft mit seinem ganzen sanftmütigen Haß ihm den Tod gewünscht hatte, freute sich nicht, daß er endlich in Lodz unumschränkt herrschen konnte, weil Buchholz gestorben war; Buchholz war tot, aber seine Fabriken blieben. Und da packte Schaja ein Leid, und es stieg eine Teilnahme in seiner Seele auf, in die sich etwas wie eine ganz leise Angst mischte.

Eine seltsame Leere verspürte er rings um sich herum, denn zugleich mit Buchholz erstarb auch jeder frühere Reiz, der so lange genährte und durch den ständigen Konkurrenzkampf geschürt.

Jetzt hatte er niemand, den er hassen konnte. Mit einem gewissen Staunen blickte er in sich und begriff diesen Zustand nicht, er konnte sich keine Rechenschaft über ihn ablegen.

„Es ist Buchholz!“ dachte er, mit tiefer Trauer und Unruhe auf den Sarg blickend.

„Mendelsohn, weißt du, was eigentlich mit der Baumwolle los ist?“ fragte Kippmann.

„Was geht mich das an, erzähle es meinem Sohn.“

„Es wäre wohl aber gut, die amtlichen Nachrichten durchzulesen“, drängte jener.

„Ich fühle mich etwas unwohl heute, etwas traurig, und da redest du mir von Baumwolle.“

„Wie heißt traurig! Buchholz war älter als du, na, und da ist er halt gestorben, und du wirst ja noch lange leben.“

„Laß das, Kippmann, du redest da von unangenehmen Dingen“, erwiderte Schaja flüsternd und unwillig und vertank mit den Augen in der beweglichen Menschenmasse, die die ganze Straße überflutete.

„Stanislaw, wo ist Rosa?“

„Sie fährt mit Grünspan, gleich hinter unserem Wagen.“ Schaja beugte sich zum Fenster hinaus, um seine Tochter zu sehen, lächelte zu ihr hinüber, zog aber den Kopf rasch zurück und versank in ein langes Schweigen. Seine Begleiter wagten nicht, ihn zu stören.

Rosa fuhr mit Mela, Wysocki und dem alten Grünspan in einem offenen, mit zwei prachtvollen Klappen bespannten Landauer.

Die Mädchen machten leise Bemerkungen über die Menge, und Grünspan unterhielt sich mit Wysocki über den Baumwollmarkt. Dieser erwiderte bloß einsilbig, weil ihn Mela viel mehr interessierte. Sie sah heute besonders gut aus und strahlte über das ganze Gesicht.

„Das ist zu viel auf einmal: höherer Zoll, höhere Tarife für rohe Baumwolle und noch höhere Tarife für die Ausfuhr der fertigen Ware ins Reich. Das sag' ich Ihnen, alles zusammen ist für uns so ein Fest, daß danach halb Lodz kaputt gehen kann. Unerufen, daß ich es nicht heraufbeschwöre!“ während spuckte er aus.

„Die Baumwolle soll schon in die Höhe gegangen sein?“

„Wie heißt in die Höhe gegangen! Sie springt wie eine Lokomotive, sie fliegt wie ein Ballon, weil ihr das nichts schadet, aber Lodz kann es das Genick brechen.“

„Ich verstehe nicht den Grund von alledem“, sagte Wysocki und versuchte, das Gespräch der Mädchen zu belauschen.

„Sie verstehen's nicht? ... Das ist klar, das ist so klar, wie wenn ein einfacher Strolch Sie am Kragen packte und Ihnen sagte: gib mal dein Geld her, weil ich feins habe und nicht arbeiten mag. Das ist ein ordinäres Geschäft! Wie geht's Ihnen, Herr Kohn?“ rief er zu Leo Kohn, ihm die Hand aus dem Wagen entgegenstreckend.

Kohn begrüßte ihn und ging mit einer Gruppe junger Leute weiter.

„Herr Halpern, hören Sie zu, was ich Ihnen sage. Buchholz hat die erste Pleite gemacht, und die ist ihm nicht geglückt! Aber er wird sich schon dran gewöhnen! Ha, ha, ha!“ er lachte über seinen eigenen Witz.

„Der Tod, das ist keine lustige Operation!“ erwiderte melancholisch Halpern. Er war nicht gut gelaunt heute, zitterte vor großer Aufregung und musterte in Gedanken verloren die Gestalt der beim Begräbnis anwesenden Millionäre. Erst, als der Zug sich auf den Neuen Markt ergoß und in die Konstantinstraße abbog, flüsterte er zu Wysocki, der neben ihm ging:

(Fortf. folgt.)

## Lodz.

### Das gelobte Land.

Roman von B. St. Raymond.

Zum Frühstück und zu dem Mittagessen machte sie sich zurecht, wie gewöhnlich, und wartete auf ihren Mann; er kam nicht; sie lehrte zu ihren Gebeten und zu ihrem Strickstrumpf zurück, angstvoll auf die düsteren Klagesieder hörend, die von unten zu ihr herüberdrangen oder auf die Stimme des Papageis, der unruhig in der Wohnung auf und ab ging und, nervös sich an Portieren und Möbel krallend, mit heiserer Stimme rief:

„Pudel! Pudel!“

Erst nach einer Woche fand das Begräbnis statt; ein Begräbnis, wie es Lodz noch nie gesehen hatte.

Alle Fabriken standen an jenem Tage still, und das ganze Personal bekam den Auftrag, hinter dem Sarge von Buchholz einherzuführen.

Die Biatkovstrasse war auf eine Strecke von mehreren Werst mit Menschen vollgestopft. Diese schwarze Menschenwelle trug auf ihrem Rücken in einer Umrahmung von goldenen Schnüren und brennenden Kerzen die große Trauerbahre, unter deren von Palmenzweigen umrankten Baldachin der silberne Sarg auf Blumen gebettet war.

Vor dem Leichenwagen flatterten auf dem Hintergrund der grauen Strahlenwand und des blauen Himmels die mit Trauerflor umhüllten Banner der Kirchenbrüderschaften und aller Innungen wie eine Schar bunter Vögel.

Die Geistlichkeit in langen Reihen, die Sängerschöre und die vereinigten Fabrikorchester sangen eine düstere Lobeshymne, die in durchdringlichen Trauerrhythmen über das wogende Menschenmeer dahinschwam und sich emporrang zu den Balkons und zu den mit Zuschauern überfüllten Fenstern, bis zu der in den Abgründen des Firmaments hängenden Sonnenscheibe.

Der Zug bewegte sich langsam, Schritt für Schritt, wegen des furchtbaren Gedränges, das andauernd durch den Zufluß aus den Seitenstraßen noch vergrößert wurde.

Gleich hinter dem Sarge schritt die Familie; hinter ihr die Hauptadministration und die Aufsichtsbeamten; dann schritten unübersehbare Arbeiterreihen, nach den Fabrikabteilungen und nach dem Geschlecht aufgestellt, Männer und Frauen schritten gesondert; dann kamen die Weberzien, die

Ein Zahnklinik... Zahnarzt Dr. ...

Künstliche Zähne

mit echtem Parafant... Zahnarzt Dr. ...

Versuchen Sie Jwezett-Rasierpulver... J. W. Zimmer, Frankfurt a. M.

Geiseln, Die Englische... Cöpenicker Str. 100.

Festsäle noch für einige Tage zu vergeben... Cöpenicker Str. 100.

Verkäufe

Teppiche, Divanbetten, Stühle, Koffer, ...

Dampfen und andere Transportgeräte

Transportgeräte liefert billig... Dampfmaschinen, ...

Möbel

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58... Möbel-Roth liefert in großer Auswahl...

Musikinstrumente

Pianos, billige Gelegenheitsinstrumente... Klavier, ...

Fahrräder

Friedenspreis Friedensmarke... Fahrrad, ...

Kaufgesuche

Friedensklade, Kleider... Kaufgesuche, ...

Vermietungen

Wohnungen, Arbeitsmarkt, Stellengesuche... Vermietungen, ...

Unterricht

Kaufmännische Privatschule... Unterricht, ...

Verschiedenes

Dauerwäsche reinigt... Verschiedenes, ...

Tüchtige, gelernte Einrichter für Automaten... Max Louis, vorm. J. Louis, Berlin-Weißensee.

Bohrlegerhelfer, tüchtiger, sofort verlangt. Auergesellschaft, An Warthauer Platz 9-10.

Schuhmacher für Filzstiefel... Schuhmacher, ...

Schuhmacher für ledernwirtschaftlichen Betrieb... Schlosser aller Art, Maschinen Schlosser.

# Die Gewerkschaften und der Frieden.

Lenin gegen Compers.

Auf der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften sagte gestern der Vorsitzende Genosse Legien im Anschluß an den von ihm erstatteten Bericht:

Wir waren ununterbrochen bemüht, mit den Gewerkschaften der Entente-Staaten über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag zu einer Verständigung zu kommen und damit dem Frieden zu dienen. Leider ohne nennenswerten Erfolg. Jede Friedensbestrebung der Arbeiterschaft der Entente-Staaten wird mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Jetzt ist auch der Vorsitzende der American Federation of Labour, Compers, nach Europa gekommen, aber nicht, um seine Pflicht als Arbeitervertreter zu erfüllen, und seinen Teil dazu beizutragen, daß dem grausigen Norden und Westeuropa ein Ende bereitet wird. Er will im Gegenteil das Fünkchen von Friedensneigung, das in der Arbeiterschaft Englands aufgeflammt ist, wieder verlöschen. Auf einem Bankett, das am 30. August in London zu seinem Empfange veranstaltet wurde, antwortete Compers auf die Begrüßungsrede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George. Er forderte die Niederwerfung Deutschlands und lobte die englische Nation, die in dem

## Kampfe gegen die „Dunnen“

sich so laffer gehalten habe. Die Zustände in dem Lande, das Compers vertritt, geben ihm keine Veranlassung, in dieser beleidigenden Weise von der Arbeiterschaft Deutschlands zu sprechen.

Alle Achtung vor der Energie und Arbeitsleistung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Aber auch ihr begeisteter Freund wird nicht in Abrede stellen können, daß in diesem Lande alles noch im Werden begriffen ist. Die Kapitalmacht herrscht dort unbeschränkter als in irgendeinem Staate Europas. Arbeiterkühn und Arbeiterversicherung sind nur in einzelnen Staaten Nordamerikas in geringen Ansätzen vorhanden. Die von dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten erlassenen Urteile zeigen, wie wenig das Recht der Gewerkschaften geachtet wird, die unheilvollen Wirkungen des Kapitalismus zu beseitigen oder zu mildern.

Hinter dem Mutterlande England, das unbegrenzte imperialistische Ziele verfolgt und mit allen Mitteln durchzusetzen versucht, stehen die imperialistischen Tendenzen der Vereinigten Staaten nicht wesentlich zurück. Die Lynchjustiz wird nach den Berichten der eigenen Presse in den Vereinigten Staaten von den Richtern geduldet, den sogenannten besseren Elementen der Gesellschaft unterstellt und ist zu einer Schmach für das Land geworden.

Es steht dem Vertreter eines solchen Landes schlecht an, die Arbeiterschaft Deutschlands als „Dunnen“ zu bezeichnen. Umso mehr im eigenen Lande gebe ihm Veranlassung genug, dort das zu schaffen, was innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an Kultur erreicht werden kann.

Was will denn die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten von uns? Wir haben ihrem Lande unsere Arbeit und unsere Arbeiter gegeben. Deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter haben wesentlichen Anteil an der Kulturfortschritten, die in den Vereinigten Staaten gemacht worden sind. Für die brutale Kriegsführung unser Volk allein verantwortlich machen, heißt absichtlich das übersehen wollen, was die anderen kriegführenden Staaten tun. England hat unter Druck des Völkerrrechts durch Abschneidung der Zufuhr von Rohstoffmitteln die Frauen und Kinder Deutschlands dem Hunger preisgegeben und auf diese brutale Art den Krieg zu seinem Gunsten beendigen wollen. Gegen diese Art der Kriegsführung hat Deutschland sich mit allen Mitteln gewehrt. Wir behauern mit jedem Kultur- und Menschenfreund den

## Torpedoschuss auf die Lusitania

und die menschlichen Folgen, die er hatte. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der deutsche Botschafter in Washington eindringlich davor gewarnt hat, auf dem zum Transport von Munition und Kriegsmaterial dienenden Schiff Passagiere befördern zu lassen, zumal das Gesetz der Vereinigten Staaten solche Beförderung verbietet.

42 M. Alle gegenwärtig bestehenden Löhne sollen sofort für Gesellen um 10 M., für Hilfskräfte um 5 M. wöchentlich erhöht werden. Wo durch diese Zulage der geforderte Mindestlohn nicht erreicht wird, ist der Lohn auf den Mindestsatz zu erhöhen. Größere, leistungsfähige Betriebe können höhere als die geforderten Mindestlöhne zahlen. Wo die bisherigen Löhne die Mindestsätze überschreiten, sollen keine Kürzungen eintreten.

Die Arbeitszeit soll betragen in Kleinbetrieben (die wöchentlich bis zu 15 Stk. Rehl verarbeiten) 9 Stunden in allen größeren Betrieben 8 Stunden einschließlich der Pausen, die dem Betriebsgange anzupassen sind. Für diese Arbeitszeit, die nur an den sechs Wochentagen zu leisten ist, gelten die obigen Lohnsätze. Überstunden sollen möglichst vermieden werden und wenn sie nicht umgangen werden können, mit 2 M. für Gesellen und 1 M. für Hilfskräfte bezahlt werden. Sonntagsarbeit soll ganz gemieden werden. Wo sie in Notfällen erforderlich ist, soll den Gesellen die Stunde mit 3 M., den Hilfskräften mit 1,50 M. vergütet werden.

Die Lehrlingshaltung soll dahin geregelt werden, daß Betriebe ohne Gesellen nicht mehr als einen Lehrling halten. Bevor ein zweiter Lehrling eingestellt wird, müssen mindestens zwei Gesellen beschäftigt werden. Mehr als zwei Lehrlinge sollen nicht gehalten werden.

Ein zentraler Arbeitsnachweis für Groß-Berlin soll für die Vertragsparteien eingeführt werden.

Der Verbandsleiter Heischold begründete die vorstehenden Forderungen: Die Bäder haben während des Krieges noch keine Lohnbewegung geführt. Wenn auch ihre Wochenlöhne nach und nach auf durchschnittlich 71,25 M. gestiegen sind, so reicht dieser Betrag doch bei weitem nicht aus, um die enorm gestiegenen Kosten der Lebenshaltung zu bestreiten, um so weniger, als verschiedene Bädermeister in letzter Zeit sogar Lohnabzüge gemacht haben. Die Lohnverhältnisse sind in Berlin völlig ungerügt. Sie müssen deshalb einheitlich auf ein Maß gebracht werden, das den Bädereffekten ein Existenzminimum gewährleistet. — Die Bädermeister waren seither Tarifgegner. Es wird sich nun zeigen, ob sie ihren alten Standpunkt verlassen und ein zeitgemäßes Abkommen mit der Arbeiterorganisation abschließen. Andernfalls wird der Verband die Forderungen mit dem nötigen Nachdruck durchsetzen.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die besagt:

„Die Versammelten ermächtigen und verpflichten daher die Leitung ihrer Organisation, zunächst durch Verhandlungsvorversuche mit den Arbeitgeberorganisationen und bei eventueller Ungünstigkeit mit äußerster Energie jedes unter den heutigen Verhältnissen geeignete Mittel an-

zuwenden, um in beschleunigter Form einen gerechten Lohnausgleich zur bestehenden Leuerung herbeizuführen.

Als gegen unseren Willen der uneingeschränkte U-Boot-Krieg angekündigt war, ermahnte Compers die Gewerkschaften Deutschlands, die Regierung zu veranlassen, von der Anwendung dieses Kampfmittels abzusehen. Wir antworteten, daß Verhandlungen mit der Regierung nur dann Erfolg haben können, wenn die Vereinigten Staaten auf England dahin einwirken, daß es seinen Hungerkrieg gegen die Frauen, Kinder und Greise Deutschlands einstellt. Das geschah nicht, sondern die Vereinigten Staaten, die unter angeblicher Neutralität alles getan haben, die Gegner Deutschlands in der Kriegsführung zu unterstützen, traten selbst in den Krieg ein. Die U. S. A. und ihr Präsident haben während der Zeit, in der die Dinge sich so gestalteten, das Gegenteil von dem getan, was eine Arbeiterorganisation und ihre Führer tun sollten.

Dem gegenüber haben die Gewerkschaften Deutschlands getreu den Grundgedanken, die am 4. August 1914 von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage aufgestellt worden sind, gehandelt. Sie hielten zu ihrem Lande in dem Bewußtsein, daß es sich allein um dessen Verteidigung handelt. Sie wollten nur die Sicherung der eigenen Grenzen, und

lehnten mit Entschiedenheit alle weitergehenden Kriegsziele ab.

An Bemühungen, die Gewerkschaften der Entente-Staaten zu gleichem Vorgehen zu veranlassen, hat es unsererseits nicht gefehlt. Vor der Weltgeschichte werden die Arbeiterorganisationen Deutschlands gerechtfertigt dastehen, wenn die Frage entschieden wird, ob sie bemüht waren, das entsetzliche Ringen, das zur Vernichtung der Kultur und der Kraft der Völker Europas führen muß, zu beenden. Den Beweis, daß sie in gleicher Weise handelten, werden die U. S. A. und ihr Präsident Compers noch zu erbringen haben.

Noch ein anderes aus der Rede Compers sei erwähnt. Er lobte die englische Seemannsgewerkschaft, die auf eigene Faust, vielfach im Gegensatz zu der Auffassung der Mehrheit der Gewerkschaften Englands, Politik treibt. Die englische Seemannsgewerkschaft hat ihre Mitglieder verpflichtet, die Delegierten zur Stockholmer Konferenz nicht zu besuchen, und hat es dem Sekretär des Internationalen Bureaus unmöglich gemacht, nach Frankreich zu gelangen, um in der französischen Arbeiterschaft friedensfördernd zu wirken. Was die Regierungen der Entente-Staaten durch Fahverweigerung erstreben, hat diese gewerkschaftliche Organisation praktisch herbeigeführt. Es berührt eigentümlich, den Vertreter einer gewerkschaftlichen Landeszentrale solche Handlungen rühmend zu hören. Die englischen Gewerkschaften dürften wenig geneigt sein, dieser von Compers verkündete

## neue Lehre von gewerkschaftlicher Disziplin

angenehm. Unkenntnis der Dinge und Haß gegenüber den Angehörigen einer anderen Nation haben diesen Gewerkschaftsführer verleitet, Desorganisation lobend hervorzuheben.

Die Reden von Compers sind geeignet, die Alldeutschen zu stützen, deren Bestrebungen und Ziele die Gewerkschaften Deutschlands mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiterschaft der Ententestaaten dem Rate Compers folgen würde. Dann könnte der Krieg noch jahrelang dauern, und die Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, würde aufgegeben werden müssen. Wir wollen erneut aussprechen, daß nur ein Frieden der Verständigung ohne Annexionen und Kriegsschädigungen ein dauernder sein und allein dazu führen kann, das Nebeneinander- und Miteinanderarbeiten der Völker wieder zu ermöglichen. Wir erwarten, daß die kulturwidrigen desorganisierenden Reden Compers die beabsichtigte Wirkung auf die Arbeiterschaft der Ententestaaten nicht ausüben werden. Wir hoffen, die Gewerkschaften Englands werden der Strömung des jetzt tagenden englischen Gewerkschaftskongresses folgen, die einem Frieden der Verständigung zustrebt, so daß dem Kriege baldigt durch Verhandlungen ein Ende bereitet wird.

Die Konferenz schloß sich diesen Ausführungen an und beschloß deren Veröffentlichung.

unrecht wäre; kein eine einfache Kennzeichnung der Erklärungen, die in dieser Hinsicht von der deutschen Mehrheit veröffentlicht worden sind, zeigt, daß sie sogar den Frieden von Vrest-Bitow für den Osten revidieren will und daß daher nicht der geringste Anlaß besteht, der Partei Scheidemann vorzuwerfen, daß sie im Westen auf einen neuen Frieden von Vrest-Bitow zusteuere. Mit einem Wort: der Vermittler Vranting läßt gut, sich vor Augen zu halten, daß Neutralität die erste Voraussetzung jeder Vermittlung ist.

## Die galizischen Polen für die österreichische Regierung.

Die parlamentarische Kommission des Polenklubs beschloß, ohne einen Entschluß der Vollversammlung des Polenklubs vorzugreifen, im Finanzausschuß für die Regierungsvorlagen zu stimmen. Die Stellungnahme im Plenum des österreichischen Abgeordnetenhauses wurde von der ferneren Erfüllung der Forderungen des Polenklubs abhängig gemacht.

Der Chef des Admiralsstabes, Admiral Scheer, hat sich mit dem Stab der Seekriegsleitung zu dauerndem Aufenthalt nach dem Großen Hauptquartier begeben. Da alle anderen Abteilungen des Admiralsstabes (Presseabteilung, politische Abteilung usw.) unter dem stellvertretenden Chef des Admiralsstabes in Berlin zurückgeblieben sind, hat sich für den Verkehr mit dem Admiralsstab nichts geändert.

## Die „Morgenpost“ für die Alldeutschen!

„Ein schlimmerer Schädling als der Alldeutsche“.

Die Alldeutschen können jubeln. Zu ihrer an Zahl großen, an Momente aber schwachen Presse ist jetzt endlich auch ein Organ getreten, das die fulminanten Gedanken des Alldeutstums auch in die breiten Massen der Berliner Bevölkerung hineintragen wird; die „Morgenpost“. Herr Cuno, der Chefredakteur selber, hat die Feder ergriffen und schreibt in heftigem Jörn. Gegen wen richtet sich dieser Jörn? Gegen den Professor Hans Delbrück, einen der wenigen Hochschullehrer, die nicht im alldeutschen Fahrwasser mitschwimmen, der vielmehr in seinen „Preussischen Jahrbüchern“ den Annexionspolitikern manche bittere Wahrheit gesagt hat. Delbrücks Politik ist nicht die unsere, er ist ein bürgerlich, teilweise sogar konservativ orientierter Mann. Aber sein entschiedenes Eintreten für den Verständigungsfrieden inmitten einer Meute kriegswütiger Hochschulpromotoren hat stets unsere Anerkennung gefunden und hätte füglich auch von einem Blatte unterstützt werden sollen, das, wie die „Morgenpost“, sich so gern als das Organ des kleinen Mannes in Berlin ausgibt.

In seinem letzten Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ hatte Delbrück den Gedanken ausgedrückt, daß eine der Voraussetzungen für den Frieden die Generalreinigung Deutschlands von alldeutschen Gedanken und Kriegsziele sei. Dem wird jeder einsichtige Friedensfreund nur zustimmen. Der Chefredakteur der „Morgenpost“ aber fällt:

Damit gestellt er (Delbrück) sich denen zu, die unserem Publikum einzureden, daß der Krieg nur darum fortbauere, weil unsere unter alldeutschem Einfluß stehende Regierung nicht den ersten Willen habe, eine Verständigung mit dem Feinde herbeizuführen.

Es ist nicht wahr, daß der Krieg fortbauert, weil a l l d e u t s c h e Treiber eine Verständigung unmöglich machen. Das ist eine nichtsnutzige Verschleierung der Wahrheit. Wahr ist vielmehr, daß der Krieg fortbauert, weil sich der Feind mit uns nicht verständigen, sondern uns vernichten will.

Wie können unsere Lesern nur immer wieder sagen: Laßt euch nichts vormachen und laßt euch nicht irreführen. Glaubts das Riemachergerede von der Schuld der Alldeutschen an der Fortdauer des Krieges nicht, denn es ist Unjam, wenn nicht Schlimmeres. Schuld an der Fortdauer des Krieges ist die Tatsache, daß der Feind sich mit uns nicht verständigen will.

Wer aber dem Volk einredet, daß der Krieg nur fortbauert, weil die Alldeutschen und die alldeutsch beeinflusste Regierung den Frieden nicht wollen, der hindert das Volk an der klaren Erkenntnis des Kampfzieles und an der Zusammenfassung seiner Kräfte, die es für die Erreichung des Kampfzieles einsetzen muß. Er ist ein schlimmerer Schädling wie der Alldeutsche.

Die Schuld der feindlichen Chauvinisten, der englischen und französischen „Alldeutschen“ und der mit ihnen harmonisierenden Ententeregierungen an der Verlängerung des Krieges ist von uns niemals bestritten worden und wird auch von Delbrück keineswegs in Abrede gestellt. Was Cuno im einzelnen anführt, um die Kriegslust der Ententesozialisten zu beweisen, ist im „Vorwärts“ oft gekehrt worden und ist sicher auch Delbrück nicht unbekannt. Aber ebenso sicher ist auch, daß die Ententeregierungen die Möglichkeit, große Teile ihrer Völker in den Kriegstau mel fort, zureifen, zu sehr erheblichem Teil erst durch das Treiben unserer Alldeutschen erhalten haben. Die Alldeutschen haben die Friedensresolution des Reichstages in jeder Weise beschimpft und die ungewisse Fortführung der mit ihr eingeschlagenen Verständigungspolitik verhindert. Die Alldeutschen sind die Vorkämpfer gegen jede Demokratisierung, gegen die Wahlreform in Preußen und gegen das parlamentarische System im Reich. Die Alldeutschen fabrizieren Tag für Tag die blutrünstigen Ausschreie, auf Grund derer die Entente die deutsche Volk als Eroberungslüsterer und dem imperialistischen Wahnsinn verfallen hinstellt. Daher bezeichnet Delbrück ganz mit Recht eine Generalreinigung Deutschlands von den Alldeutschen als eine wichtige Voraussetzung des Friedens. Wer das, wie Herr Cuno, dem bereits die „Kreuzzeitung“ begeistert jubelt, bestreitet und die Bevölkerung über die Gefährlichkeit des Alldeutstums hinwegzutäuschen sucht, der ist in Wahrheit „ein schlimmerer Schädling als der Alldeutsche“.

Die Berliner Arbeiterschaft sollte nach dieser Leistung wissen, was sie von der „Morgenpost“ zu halten hat.

## Lohnbewegung der Berliner Bäcker.

Durch den Beschluß einer stark besuchten öffentlichen Bäder-gesellenversammlung, die gestern (Dienstag) abend im großen Saale des Lehrervereinshauses tagte, wurde eine Lohnbewegung eingeleitet, die das Ziel hat, den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren auf der einen und dem Zweigverband der Bädermeister Groß-Berlins sowie der freien Vereinigung der Bädermeister und der Vereinigung der Brotfabrikanten auf der anderen Seite zustande zu bringen. Die Forderungen, die durch den Tarif festgelegt werden sollen, sind im wesentlichen folgende:

Der Mindestlohn soll betragen für Gesellen 84 M., für bei der Herstellung von Backwaren beschäftigte weibliche Hilfskräfte

zuwenden, um in beschleunigter Form einen gerechten Lohnausgleich zur bestehenden Leuerung herbeizuführen.

Um aber der Organisationsleistung die Mittel an die Hand zu geben und um all unseren Forderungen auf Lohnausgleich, Arbeitszeit, Sonntagruhe und Bekleidungsfrage den nötigen Nachdruck zu verleihen, verpflichten sich die Anwesenden ihrerseits, alles daran zu setzen, daß alle in den Groß-Berliner Bäckereien beschäftigten Personen Mitglieder des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren sind.“

## Letzte Nachrichten.

### Der Fliegerangriff auf Mannheim.

Berlin, 10. September. (BZ) Am 7. September versuchten unsere Gegner abermals einen Fliegerangriff auf Mannheim-Ludwigshafen. Nach den letzten Mitteilungen sollte er diesmal unter allen Umständen glücken, deshalb hatten sie die stattliche Anzahl von 24 de Havilland-Flugzeugen für den Bombenflug angefaßt. Trotzdem blieb ihnen infolge der Aufmerksamkeit und Angriffsbereitschaft unserer Jagdflieger der Erfolg wiederum verweigert. Als das Geschwader die Linien mittag überflogen hatte, wurde es sofort von Jagdfliegern der Front verfolgt und in Kämpfe verwickelt. Dabei verlor der Gegner sein Jagdflugzeug. Auf dem weiteren Anflug stießen ihm Jagdflieger des Heimmilitärs entgegen. In erbitterten Kämpfen verlor der Gegner weitere zwei Flugzeuge. Wahlos warf er darauf seine Bomben ab, die nur ganz geringen Sachschaden anrichteten, und wandte sich schleunigst zur Flucht. Unsere Jagdgeschwader drängten ihm hart nach und brachten noch 2 weitere Flugzeuge über unserem Gebiet zum Absturz. Im ganzen künftige der Gegner also 5 Flugzeuge ein. Wieviel Flugzeuge davon außerdem beschädigt waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Mit diesem Erfolge erhöhte sich die Zahl der seit April über unserem Heimatgebiet abgeschossenen feindlichen Flugzeuge auf 67.

### Kasan von Sowjettruppen erobert.

Moskau, 10. September. (BZ) In der Nacht vom 9. September begannen die Sowjettruppen ihren Einmarsch in die Stadt Kasan. Heute ist Kasan gefallen und endgültig in unsere Hände übergegangen. Die Weißgardisten und Tschekoslowaken sicken in Unordnung. Sie werden von unseren Fliegern verfolgt, die über 200 Kilogramm Bomben auf sie abwarfen. Der Fall eines der Hauptstützpunkte der russischen Gegenrevolution ist damit besiegelt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Verband der Maler und verwandter Berufe im Jahre 1917.

Die durch die lange Kriegsdauer eingetretenen ungünstigen Verhältnisse im Malergewerbe — dem Haupterwerbsgebiet des Verbandes — haben einen in den übrigen Organisationen beobachteten Mitgliederzuwachs auch im verflochtenen Jahre verhindert. Wie wir aus dem soeben erschienenen Jahrbuch des Verbandes der Maler, Radierer, Kupferstecher, Tischler und Weißbinder Deutschlands entnehmen, ist jedoch der seit Ausbruch des Krieges anhaltende Mitgliederzuwachs im Berichtsjahre zum Stillstand gekommen. Der Verband hatte Ende 1913 44 842 Mitglieder; diese Zahl sank am Ende des ersten vollen Kriegsjahres auf 3674 und ging bis Ende 1916 auf 7242 Mitglieder herunter. Am Schlusse des Jahres 1917 waren 7229 Mitglieder vorhanden. Zum Seeresdienst wurden in den vier Kriegsjahren insgesamt 80 163 Mitglieder eingezogen. Weibliche Mitglieder hatte die Organisation am Jahreschluss 181.

Der Jahresbericht zeigt 1917 ein ungünstigeres Bild als in den ersten drei Kriegsjahren. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 359 313,85 M. gegen 467 548,07 M. im Jahre 1916 und die Gesamtausgabe 392 065,33 M. gegen 407 067,02 M. Das Gesamtvermögen ging von 826 589,43 M. im Jahre 1916 auf 733 228,70 M. am Ende 1917 zurück.

Die Verpflichtungen der Filialen der Hauptkasse gegenüber sind gestiegen von 115 651,07 M. auf 181 291,07 M. Ohne diesen Rückgang der Filialvermögen würde sich der Bestand der Hauptkasse nur um 19 928,49 M. vermindert haben.

Die am 1. April 1918 in Kraft getretene Beitragserhöhung dürfte den Lokalfassen wieder etwas reichlichere Mittel zur Verfügung stellen, so daß dieselben ihren beruflichen Verpflichtungen gerecht werden können, ohne die Hauptkasse über Gebühr zu belasten. Wie sehr die Organisation trotz der Unruhen der durch den Krieg heraufbeschworenen Verhältnisse den Mitgliedern gegenüber ihre Solidarität getan hat, beweist am besten die Tatsache, daß im Berichtsjahre insgesamt 78 810,85 M. an Familienunterstützung an die Frauen der zum Militär eingezogenen verheirateten Mitglieder und Angehörigen gezahlt wurden, einschließlich des Sterbegeldes für die Gefallenen und beim Militär verstorbenen Mitglieder.

Eine Reihe Lohnbewegungen und solcher für die Erlangung der den Verhältnissen angemessenen Teuerungszulagen für die verschiedenen Branchen zeigt, daß die Verbandslitung selbst unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflichten den Mitgliedern gegenüber erfüllt hat. Das geht aus den Nachweisen des Jahrbuchs über die zu verzeichnenden Erfolge hinlänglich hervor. Mit den im Felde stehenden Mitgliedern steht die Organisation in reger Verbindung, hoffend, daß es denselben noch möglich sein werde, zurückzukehren und wieder mit früher gewohnter Tapferkeit für eine bessere Zukunft wirken zu können.

Eine wichtige Versammlung der Dachdecker findet Sonntag morgen 10 Uhr bei Wille, Sebastianstr. 89, statt, in derselben wird auch der Zentralvorsitzende, Kollege Thomas-Frankfurt anwesend sein. Die Ortsverwaltung bittet um zahlreichem Besuch und erlucht die Berufsgenossen, die Dachdecker auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

### Eine Mahnung an Votenfrauen

enthält ein und mit der Bitte um Veröffentlichung überfandtes Schreiben eines „Kortwärts“-Lesers.

Die Ehefrau desselben, die den „Kortwärts“ austrägt, hatte auch zwei Abendtouren für die „Vossische Zeitung“ übernommen. Wüßlich erfuhr der Ehemann, daß seine Frau im letzten Monat denselben Verdienst gehabt hatte wie an den vorhergehenden Monaten. Er forderte daher den Verlag von Hülstein, in welchem das Blatt erscheint, auf, die Nachzahlung der Teuerungszulage zu leisten. Von der Vertriebsdirektion genannten Verlages ging darauf ein Antwortschreiben ein, in welchem mitgeteilt wird, daß die Teuerungszulage nur den Votenfrauen gezahlt werde, die eine zusammenhängende Tour bestellten. Abendtouren, die getrennt beauftragt werden, würden auch nicht nach dem tarifmäßigen Lohn bezahlt, sondern nach einem Ausschlag, der den örtlichen Verhältnissen angepaßt sei. Die Bezahlung der von der Frau besorgten Abendtouren sei demnach vollständig ordnungsmäßig erfolgt.

Unter Einsender heißt es auf das Antwortschreiben der Firma Hülstein folgende Bemerkung: „Die Firma Hülstein u. Co. gibt ihren Votenfrauen für die Bewirtung von Frauen zum Zeitungstragen eine Prämie von 3—5 M. Die Neueintretenden sind meist im guten Glauben, daß zu dem vereinbarten Lohn von 12 M. noch die übliche Teuerungszulage hinzukommt. Wie das Antwortschreiben der Firma beweist, ist das ein Irrtum, und den Frauen kann daher nur geraten werden, nicht ohne vorherige genaue Vereinbarung bei der Firma Hülstein Zeitungen auszutragen.“

### Der Notenschehergehilfen-Verband im Jahre 1917.

Die Lage im Notenschehergewerbe ist geradezu trübselig. Eine große Zahl Mitglieder mußte verkürzt arbeiten, so daß sich der Verband verarmt sah, um den Kollegen die Existenz zu ermöglichen, die Arbeitszeit auf 7 Stunden zu verkürzen. Trotz von den Prinzipalen bewilligter Teuerungszulagen erreichten die Gehilfen kaum den Lohn, den sie in Friedenszeiten erzielt hatten. Der Mitgliederbestand ist von 216 am Beginn des Jahres bis zum Ende auf 177 zurückgegangen. Von den 177 Mitgliedern arbeiten 20 nicht im Beruf und 10 sind Invaliden, 14 Mitglieder sind in London und Petersburg interniert; im Kriegsdienst befinden sich 213 Mitglieder. — Eine statistische Erhebung ergab, daß der Durchschnittsverdienst im Jahre 1917 pro Mitglied 1903 M. und die erhaltene Teuerungszulage 284 M. betrug. — Die Gesamteinnahmen des Verbandes bezifferten sich auf 12 713 M., die Ausgaben auf 17 987 M. Das Verbandsvermögen beträgt 69 475 M. An Unterstützungen zahlte der Verband 14 177 M.

## Bilder von der Wohnungsnot.

### Die Wohnungsuntersuchungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin im Jahre 1917.

Mit der Fortdauer des Krieges ist die Bedeutung der Wohnungsfrage in immer weitere Kreise gedrungen, und auch dort, wo man noch vor ein und zwei Jahren Befürchtungen über drohende Wohnungsnot überlegen zu dürfen, sieht man jetzt mit schweren Sorgen den Zeiten entgegen, die uns die Hunderttausende der im Felde stehenden Männer in die Heimat zurückzuführen. Aus allen Teilen des Reiches laufen Berichte über die geringe Zahl leerstehender Wohnungen ein und die Zahl der Orte, welche sich ständig, in welchen bereits empfindlicher Wohnungsmangel herrscht. In Berlin mußte das erst im Herbst 1913 gegründete Wohnungsamte der Stadt bereits bei Beginn des Krieges wieder geschlossen werden und so ersieht es verständlich, daß die Berichte über die Wohnungsuntersuchungen, welche zuerst durch die Krankenbesucher der Ortskrankenkasse für den Betrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, nach der Vereinigung der Klassen diejenigen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin vorgenommen wurden, immer weitere Beachtung fanden, trotzdem sie nur Ausschnitte aus den Berliner Wohnungszuständen darstellen.

Der Bericht über die im Jahre 1917 vorgenommenen Ermittlungen ist eben erschienen. Wie bisher wurden nur Wohnungen geprüft, in welchen sich erwerbsunfähig erkrankte Mitglieder der Kasse aufhielten. Da die Kassenverwaltung ein berechtigtes Interesse daran hat, zu erfahren, wie die Menschen, welchen Krankheits-

zu leiden ist, untergebracht sind, ob die Beschaffenheit des Aufenthaltsraumes derart ist, daß die Möglichkeit einer Genesung des Kranken besteht und ob dieser nicht etwa eine Gefahr für seine Bewohner bietet. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist es verständlich, daß der Herausgeber der Berichte, Albert Kohn, seit vielen Jahren nachdrücklich die Ansicht vertritt, eine Befragung der Berliner Bevölkerung sei innerhalb der Berliner Mietkassen nicht zu erwarten. Der neueste Bericht unterstützt diese Behauptung aufs neue, er erstreckt sich auf 17 807 Untersuchungen, wovon 9215 = 51,75 Proz. in Hinterhäusern, 8592 = 48,25 Proz. in Vorderhäusern vorgenommen wurden. Es wurden 971 kranke Personen in Räumen getroffen, welche

### Höchstens 10 Quadratmeter Bodenfläche

hatten und 4193 Kranke in solchen, die nicht der Mindestfläche von 2,80 Meter entspricht, die das Berliner Polizeipräsidium für alle zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen fordert. 788 = 22,50 Proz. kranke Männer und 2718 = 18,78 Proz. kranke Frauen wurden in Aufenthaltsräumen gefunden, die ihren Bewohnern weniger als 20 Kubikmeter Luftraum gewährten; dabei ist zu berücksichtigen, daß in einer recht großen Zahl der geprüften Räume mit dem Eintritt der Demobilisierung und der Rückkehr der Feldgranen noch eine wesentliche Verschlechterung eintritt. In Schlafstellen wurden 505 = 2,84 Prozent Kranke angetroffen, die Zahl ist zurückgegangen, hauptsächlich durch die zahlreichen Einberufungen, von welchen die jüngeren, ledigen Leute besonders stark betroffen wurden. Die Schäden des Schlafstellenwesens werden scharf betont und sie werden zu den bedenklichsten Erscheinungen des Wohnungswesens gerechnet. Mit der Steigerung der Wohnungsmieten wird leider das Bestreben wieder an Stärke gewonnen, die dadurch auferlegten Kosten durch Übermieten auszugleichen oder zu erleichtern. Dann wird die Überfüllung der Wohnung vergrößert, und wir haben uns oft genug überzeugen müssen, daß die besten Räume vermietet, die schlechtesten von den Familienmitgliedern benutzt wurden. Es werden

### Kranke Beispiele von Wohnungsüberfüllung

angeführt und darauf verwiesen, daß die Tuberkuloseerbfähigkeit um so größer ist, je dichter die Wohnungen bewohnt sind. Es wurden noch 13 Kranke in Räumen ohne jede Heizgelegenheit und 794 in solchen, die durch Kochmaschinen erstickt wurden, 15 in Räumen ohne Fenster und 677 in schlecht belüfteten Räumen, davon 400 in Hinterhäusern gefunden, von 729 feuchten Räumen entfielen 540 auf Hinterhäuser. Sehr bemerkenswert erscheinen die Klosettverhältnisse, den 8850 Patienten, welche das Klosett innerhalb der Wohnung hatten, stehen 7885 gegenüber, die es auf dem Treppenhof aufstuden mußten und 1042 mußten sich auf den Hof begeben. In 889 Fällen wurde der Abort von mehr als 15 Personen benutzt. Erschütternd wirken die Schilderungen der Bettverhältnisse, 1531 Kranke mußten ihr Bett mit anderen Personen teilen und außerordentlich zahlreich sind die Fälle, in welchen es an der genügenden Zahl von Betten in den Haushaltungen mangelt.

Dem Bericht sind 15 Vervielfältigungen photographischer Aufnahmen beigelegt, die eine bereicherte Ergänzung desselben bieten und gleichzeitig erkennen lassen, wie berechtigt es ist, wenn der Verfasser mit den Worten Hegemanns seine Arbeit schließt: „Eine Art ist eine zum Widerstande aufreizende oder eine plötzlich erlösende Waffe; eine schlechte Wohnung ist ein schleichendes, verträgliches Gift, das, bevor es seine Opfer langsam behäufet, aus Menschen zu Tieren und aus Tieren zu bleich vegetierenden, schädlichen Schattenpflanzen herabdrückt. Der Schrei der Empörung, der Warnungsschrei gegen dieses, den unseligen Trübsinn gereichte Gift muß von den Lippen der Menschen kommen, die noch nicht infiziert sind.“

Was sagt der Fortschrittscandidat von Berlin I, Geh. Justizrat Kempner, dazu?

## Parteinachrichten.

### Ueber erkennliche Fortschritte der Organisation

konnte in der Generalversammlung des Kreises Stendal-Osterburg berichtet werden. Nach dem Geschäftsbericht betrug am Ende des zweiten Vierteljahres die Mitgliederziffer 1034, und zwar 316 männliche und 718 weibliche Mitglieder. Der höchste Friedensstand ist mit dieser Mitgliederzahl bereits überschritten. Mitgeteilt wurde, daß der Partei auch in der Kriegszeit immer noch durch Behörden Lokale abgetrieben werden. Ueber den Stand der Wahlrechtsfrage in Preußen sprach Genosse Weims; seine Ausführungen gestalteten sich zu einer scharfen Kritik der Vera Parteilichkeit und der preussischen Junkerlaste. Für die bevorstehende Parteitagung gab der Sekretär Genosse Brandenburg eine Reihe beachtenswerter Winke. Der Unterstützungsliste des Vereins gehören in den beiden altmärkischen Kreisen gegenwärtig 1400 Mitglieder an. Die Kasse leistet Sterbe- und Unterstützung in außerordentlichen Fällen.

## Industrie und Handel.

### Spaniens Wirtschaft im Kriege.

Die drohende Note Spaniens an Deutschland lenkt die Aufmerksamkeit auf dieses Land, das seit den glänzenden Tagen der ersten Habsburger im Donnerschenschlase lag. Im Kriege hat es mit Riesenschritten einzuholen versucht, was es in Jahrhunderten veräumt hat. Die Erzlager gewannen im Exere, die Industrie wurde durch gewaltige Kriegslieferungen gesund, die Landwirtschaft profitierte von den hohen Preisen und die Seeschifffahrt heimte ungeheure Gewinne ein. Spanien, das früher stets mehr einfuhrte als exportierte, hat seit dem Jahre 1915 einen von Jahr zu Jahr steigenden Ausfuhrüberschuß: so im Jahre 1915 von 275, im Jahre 1916 von 449 und im Jahre 1917 gar von 554 Millionen Peletas. Infolge dieser Ausfuhrsteigerung bei sinkender Einfuhr strömten Geld und im Auslande untergebrachte spanische Wertpapiere zurück. Der Goldschatz der Bank von Spanien stieg von 548 auf 2900 Millionen Peletas, der Kurswert des spanischen Geldes steht weit über seinen Friedenswert, der Uebergang zur Goldwährung ab 1. Januar 1916 ist beschlossene Sache. Die ausländischen Anleihen sollen von einer inneren abgelöst werden, damit das Land von fremden Geldgebern unabhängig wird.

Natürlich hat die glänzende Medaille auch ihre Rückseite. Durch die Lebensmittelansuhr sind die Preise gestiegen und ist im eigenen Lande Mangel eingetreten. Durch die Störungen der Seeschifffahrt infolge des U-Boot-Krieges und der drakonischen Maßregeln der Allierten ist die Einfuhr unter eigener Flagge von 1913 bis 1917 um 784 859 Tonnen (84 Proz.), unter fremder Flagge gar um 2 701 039 Tonnen (81 Proz.) gesunken. Durch Schiffsverlustungen hat die Flotte eine Einbuße von etwa 20 Proz. erfahren; es sollen 79 Schiffe mit 100 000 Tonnen Gehalt versenkt worden sein.

Wie in vielen neutralen Ländern haben die Arbeiter von der Kriegskonjunktur wenig profitiert. Die

infolge des Mangels an Rohprodukten einsetzende Arbeitslosigkeit war um so empfindlicher, als die Preise rapide stiegen. Die einsetzenden Anruhen erschröckten das Land und führten zu öfteren Kabinettwechseln, bis sich unter Maura ein nationales Koalitionsministerium bildete.

In Spanien liegen 92 Schiffe der Mittelmächte, davon etwa 70 deutsche, deren Lonnengehalt ungefähr 111 000 Tonnen beträgt.

### Frei werdendes Stellungskriegsmaterial.

Um die aus den besetzten Gebieten zurückströmenden Geräte und Vorräte aus dem Stellungskrieg aufzufangen und zu sichern, ist die Anlage von besonderen Lagern (D-Lagern) für Pioniergerät aus Stellungsbau an der Ost- und Westgrenze des Reiches in der Ausführung begriffen. Vorläufig sind vorzügliche Lager vorzusehen in Pillau, Danzig, Thorn, Gegend von Posen, Breslau, Neuhof, Ohlau, Bremen, Dortmund, Grefeld, Mannheim, Nehl, Straßburg i. E. Nach diesen Lagern sollen Geräte und Formteile aller Art, ferner Eisen- und Stahlplatten, Betonstein usw. überführt werden. Das Material wird in den D-Lagern alsbald gemultert; was die Seeresverwaltung davon nicht unbedingt braucht, soll möglichst bald dem Wirtschaftslieben zugeführt werden, wobei die Absicht besteht, die heimischen Verbraucher der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes möglichst unmittelbar, d. h. unter möglicher Ausschaltung von Zwischenhandel und Spekulation, zu versorgen. Das Kriegsministerium hat die königliche Generalinspektion des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen angewiesen, im unmittelbaren Benehmen mit Staats- und Kommunalverbänden, Handels-, Gewerks-, Landwirtschaftskammern usw. Vorschläge über die Verwertung dem Kriegsministerium vorzulegen, zu welchem Zweck die Generalinspektion bereits Erhebungen in die Wege geleitet hat, um den Bedarf der einzelnen Verbraucher festzustellen und auf diese Weise den Gesamtbedarf zu ermitteln.

Die Eisenhändler erheben gegen diese Regelung Widerspruch, ohne für ihre Beschwerden einen triftigen Grund zu wissen.

Reichskommissar beim Deutschen Industrie- und Handelstag. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts teilte dem Deutschen Industrie- und Handelstag mit, daß er die dauernde Fällung zwischen diesem und seinem Ressort für wertvoll halte. Er habe deshalb einen Reichskommissar bei dem Deutschen Industrie- und Handelstag ernannt und hierzu den Direktor im Reichswirtschaftsamts, Herrn Müller, bestimmt. Der Staatssekretär würde es mit Dank erkennen, wenn seinem Kommissar von allen wichtigeren, den Deutschen Industrie- und Handelstag beschäftigenden Angelegenheiten mündlich oder schriftlich Kenntnis gegeben würde.

## Soziales.

### Die Kasse kassiert für die Kosten angemessener ärztlicher Behandlung.

Die Wirtschaftlerin A. war erkrankt. Von der Krankenkasse verlangte sie nicht nur Krankengeld, sondern auch die Begleichung der noch unbegleiteten Rechnungen mehrerer Ärzte und Apotheken u. a. auch die Bezahlung von 230 M. an einen Chirurgen Dr. G. für die Behandlung durch die Röntgenbestrahlung. Sämtliche Forderungen verurteilte die Krankenkasse zur Zahlung von 230 M. für die Röntgenbestrahlung. Die Wirtschaftlerin A. sei vom Kaiserarzt Dr. B. aufgefordert, sich in ein Krankenhaus zu begeben. Schon am folgenden Tage fühlte sie sich besser. Da sie eine neue Stelle als Wirtschaftlerin annehmen wollte, fand sie es bedenklich, vom Krankenhaus aus mit ihrem neuen Arbeitgeber in brieflichen Verkehr zu treten. Sie zog es vor, sich, ehe sie die neue Stelle antrat, ohne ärztliche Behandlung bei Verwandten einige Tage Erholung zu gönnen. Dort wurde sie von harten Blutungen des Unterleibs überrascht, die sie nöthigten, den Arzt aufzusuchen und auf den Antritt der neuen Stelle zu verzichten. Die Unterstützungsliste der Kasse erhebt sich aus § 214 der Reichsversicherungsordnung. Ob Röntgenbestrahlung als ärztliche Behandlung oder als Gewährung eines Heilmittels und ob sie als notwendige Handlung zu betrachten sei, entscheiden die Umstände des einzelnen Falles. Es komme auf den Sitz des Uebels, auf den zu erzielenden Erfolg, auf die Höhe der Kosten und auf die Möglichkeit einer billigeren und doch Erfolg versprechenden ärztlichen Behandlung an. Das Oberversicherungsamt konnte sich dem Gutachten des zuerzogenen Sachverständigen, den Vortrag vor der Ansicht der Krankenkasse, welcher mit hoher Wahrscheinlichkeit annehme, daß die vorgenommene Bestrahlung zu einem vollen Erfolge geführt habe. Die Vorentscheidung nahm bedenkenfrei an, daß die vorgenommene Tiefenbestrahlung nach dem Sitze und der Bedeutung der zu gefährlichen Blutungen führenden Geschwulst, die sonst nur auf operativem Wege hätte entfernt werden können, ein Akt zweckmäßiger ärztlicher Behandlung war, bei dem die erheblichen Kosten wegen der Gefährlichkeit des Wertes der Behandlung zurücktreten müssen. Die freie Wahl des Patienten hand an sich der Kasse nicht an. Da die Kasse nur den Weg der Heilung durch Operation offen hielt, den die A. nicht beschreiten brauchte, könne sie von der Kasse die Bezahlung der Kosten der Röntgenbestrahlung verlangen, der sie sich auf die Gefahr hin unterzog, daß im Falle des Mißlingens der Kur die Angemessenheit derselben vom Sachverständigen nicht anerkannt und der Erfolg der dadurch erwachsenen Kosten verweigert werden würde.

### Schutz gegen gewerbliche Vergiftungen.

Durch die Verordnung des Bundesrats vom 12. Oktober 1917 sind bekanntlich erstmals gewerbliche Berufskrankheiten in die Unfallversicherung einbezogen worden. Es handelt sich dabei um Gesundheitsbeschädigungen durch aromatische Nitroverbindungen, denen Arbeiter bei Herstellung von Kriegsbedarf ausgesetzt sind. Die Verordnung beschränkt ihre Wirksamkeit zunächst auf Todesfälle, weil noch den bis dahin gesammelten Erfahrungen die Erkrankungen infolge der stark giftigen Wirkungen der Stoffe, mit denen die Arbeiter zu tun haben, regelmäßig zum Tode führen, wenn nicht nach einiger Zeit, während deren der Arbeiter durch Krankenversicherung versorgt ist, Genesung eintritt. Nachdem infolge der Weimarer Verordnungen ist, es seien auch Fälle zu verzeichnen, in denen die Erkrankten einen mehr oder minder großen dauernden Schaden an ihrer Gesundheit davontragen, wird erwogen, ob auch für solche Fälle der Schutz der Versicherung eingeführt werden kann. Verhandlungen über eine entsprechende Ergänzung der erwähnten Verordnung sind daher eingeleitet. In ähnlicher Weise werden die Gesetze bei der Herstellung von Gaslampen unter dem Schutz der Unfallversicherung zu stellen sein.

Die Verwirklichung dieser und von informierter Seite zugehenden Wending würde einen wesentlichen Schritt auf dem Wege des Unfallschutzes bedeuten. Im allgemeinen — so scheint es — würden damit die von unseren Genossen Vrech und Wiffel bei der Staatsberatung ausgesprochenen Wünsche erfüllt werden. Natürlich heißt es zunächst die Verordnungen, die hoffentlich auch rückwirkende Kraft erhalten, abwarten.

### Eingegangene Druckschriften.

Die aufgeführten Bücher können durch die Buchhandlung Verlags, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, bezogen werden.

(Die Anzeiger der Bücher sind jedoch nicht als Empfehlung.)

Der Streit um Alt-Serbien (das sogenannte Mazedonien) von Sieben A. Nodolowitsch-Bdin. Preis 1 Krone (1 M.). „Kortwärts“ (Erschöpfung u. Co.), Wien V. Verlag des Verfassers.

Funkenstrahlung und Dresse von R. Winkler. 1,80 Kr. Verlag Karl Buchner, Wien VIII/2.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Rössner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Remden; für Nachrichten: Theodor Meißner, Berlin; Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl O. u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3. Kreis 1. Beilage zum „Kortwärts“-Blatt.